

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



WOHNEN UND WOHNUNGSLOSIGKEIT
SPEKTRUM
BUCHTIPPS
VERANSTALTUNGEN

5 | September 2014

Wohnen und Wohnungslosigkeit	
Leistbares Wohnen als Gebot der Stunde	4
Die Mietpreisentwicklung in Österreich seit 2005	7
Wohnzufriedenheit in der Stadt Salzburg	10
Wohnungslosigkeit in Salzburg	13
Obdachlosigkeit in der Europäischen Union	17
Spektrum	
Armutsorientierte Sozialpolitik in der EU - aber nur langsam	23
Plädoyer für den Sozialstaat	27
Wachsende Ungleichheit	31
Buchtipps	33
Veranstaltungen	34

Armutsfalle Wohnen

Internationale Studien haben ergeben, dass Personen, die mit ihrer Wohnsituation zufrieden sind, mehrheitlich auch eine hohe Lebenszufriedenheit aufweisen. Leistbares Wohnen kann insofern als Schlüsselfaktor für den Erhalt der Lebensqualität betrachtet werden. Allerdings ist die Wohnzufriedenheit in vielen Fällen nicht gegeben: Gemäß dem SORA-Städtebarometer fühlen sich mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen durch die Wohnkosten sehr oder ziemlich belastet; bei den MieterInnen in privaten Mietwohnungen beträgt dieser Anteil sogar über zwei Drittel. (vgl. Beitrag S. 10)

Dieses subjektive Empfinden spiegelt mehr oder weniger den objektiven Trend wider: Einer Untersuchung des WIFO zufolge lagen die Mietpreissteigerungen seit 2005 deutlich über dem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus und der verfügbaren Haushaltseinkommen, wobei die Mieten am privaten Wohnungsmarkt stärker stiegen als jene für Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen. Diese Tendenz hat sich zuletzt noch beschleunigt: Während hierzulande die allgemeine Teuerungsrate im August bei 1,7 Prozent lag, stiegen die Mieten laut Statistik Austria um 4,3 Prozent. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich Immobilien mittlerweile zu einer sehr beliebten Anlageform entwickelt haben.

Überdurchschnittlich durch die hohen Wohnkosten belastet fühlen sich der SORA-Studie zufolge - wenig überraschend - Menschen mit geringem Einkommen, weiters Singles unter 60, die besonders auf private Mietwohnungen angewiesen sind, kinderreiche Familien sowie am Wohnungsmarkt mobile Gruppen, d.h. jene, die erst vor kurzem zu- oder umgezogen

sind. Diesen steht im Schnitt weniger Wohnraum zur Verfügung und sie wollen auch häufiger wieder umziehen. Der Eindruck drängt sich auf, dass es - ähnlich wie am Arbeitsmarkt - auch am Wohnungsmarkt neben dem Splitting in EigentümerInnen und MieterInnen unter letzteren eine Teilung in ein stabiles und ein - in mehrfacher Hinsicht schlechter gestelltes - flexibles Segment gibt.

Besonders problematisch ist natürlich die Lage für wohnungs- und obdachlose Personen. Auch deren Zahl ist ansteigend, wobei Obdachlosigkeit häufig mit Arbeitslosigkeit, längeren Krankenhausaufenthalten, dem Zerbrechen einer Beziehung oder dem Vorliegen einer Suchtproblematik in Zusammenhang steht. Mittlerweile hat sich v.a. in den Städten eine Unterstützungsstruktur für wohnungslose Menschen herausgebildet, die allerdings noch verbesserungsfähig ist. Der Salzburger Armutskonferenz zufolge gibt es dort insbesondere Lücken in der Wohnnotversorgung für Frauen, psychisch kranke und ältere Personen mit Pflegebedarf sowie für ArmutsmigrantInnen. (vgl. Beitrag S. 13)

Um generell gegen die „Armutsfalle Wohnen“ vorzugehen, fordert die Caritas unter anderem - objektbezogen - die Wiedereinführung der Zweckwidmung für die Wohnbauförderung, die kostengünstige Zurverfügungstellung gemeindeeigener Flächen für den sozialen Wohnbau und - subjektbezogen - eine Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen bei den Erstanmietungskosten, z.B. durch ein zinsfreies staatliches Darlehen. Angesichts der skizzierten Mietpreisentwicklung sind dies „Gebote der Stunde“, findet auch

Ihre Kontraste-Redaktion

Rassismuskritische Bildung – eine aktuelle Herausforderung

Das Phänomen Rassismus wird gesellschaftlich allzu leicht negiert, in die Vergangenheit verwiesen oder als extremistisches Randphänomen angesehen. Rassismus gilt so als außergewöhnliches Phänomen, eine kritische Auseinandersetzung mit gegenwärtigen rassistischen Tendenzen wird damit verhindert. Die Fachtagung Globales Lernen – Potenziale & Perspektiven 2014 lenkt das Augenmerk auf die „Normalität“ von Rassismus als „gesellschaftliche Ordnung“, wie sie sich in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens findet.

Termin: 4. November 2014, 14.00 bis 19.30 Uhr

Ort: Albert Schweitzer Haus, Schwarzspanierstraße 13, 1090 Wien

Information, Anmeldung: www.komment.at/content.php?m_id=20&tid=20&newsdetail=77

Leistbares Wohnen als Gebot der Stunde

Wohnen wird für viele zunehmend zur Armutsfalle. In einer Pressekonferenz betonten Franz Kehrer und Maria Ehmann von der Caritas in Oberösterreich die Dringlichkeit der Situation und unterbreiteten Verbesserungsvorschläge.

Das Problem mit den steigenden Wohnkosten ist schon lange kein „Randthema“ mehr, sondern inzwischen zu einem zentralen gesellschaftspolitischen Brennpunkt geworden, der immer mehr Menschen betrifft, konstatierte Franz Kehrer, der Direktor der Caritas in Oberösterreich, bei der Ende März in Linz abgehaltenen Pressekonferenz. Obwohl die Wohnkosten ein Thema im letzten Wahlkampf darstellten, sei indes nicht zu bemerken, dass sich die Politik dieses Themas ernsthaft annimmt, kritisierte Kehrer. Er fordert, dass „den politischen Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen“, denn hier gehe es „um das ‚Dach über dem Kopf‘ – ein Grundbedürfnis von uns allen. Wenn das Wohnen für immer mehr Menschen kaum mehr leistbar ist, so hat das gefährliche Nebenwirkungen: Wohnen wird zunehmend zur Armutsfalle.“

Folgende Ursachen sind Kehrer zufolge für diese Entwicklung verantwortlich:

- Laut einer WIFO-Studie haben die Mietpreise im Zeitraum von 2005 bis 2012 um durchschnittlich rund 23,4 Prozent zugelegt, bei frei vermieteten Privatwohnungen betrug der Anstieg sogar 32,1 Prozent. (vgl. Beitrag S. 7) Für eine befristet vermietete Privatwohnung zahlte man 2012 im Schnitt 8,3 Euro pro Quadratmeter – ohne Heizkosten.
- In Oberösterreich besteht das bislang ungelöste Problem der sehr hohen Annuitätensprünge für viele Genossenschafts-Wohnungen, die nach früheren Wohnbauförderungsgesetzen finanziert wurden. Die Mieten dieser Wohnungen werden in den kommenden Jahren extrem ansteigen, was laut Kehrer einer „Vernichtung“ von sozialem Wohnraum gleichkommt. Einzelne Wohnbauträger seien zwar bereit, die Sprünge für die MieterInnen „abzufedern“, andere aber nicht – sie hätten vor, die Mietsteigerungen an die KundInnen weiterzugeben und würden sie damit für viele unleistbar machen.

- Nicht zuletzt trägt die derzeit sehr beliebte Anlageform „Immobilien“ dazu bei, dass die Mietpreise im privaten Wohnungsmarkt nach oben gehen.

Wohnen ist zentrales Thema in der Caritas-Sozialberatung

In den Caritas-Sozialberatungsstellen sind Probleme mit den Wohn- und Energiekosten in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema geworden: Bei fast der Hälfte der Vorsprachen geht es darum. Die KlientInnen müssen rund 40 Prozent ihres Einkommens (inklusive Wohnbeihilfe) für Wohnen und Energie aufbringen. Die oberösterreichische Reform der Wohnbeihilfe hat mit den erfolgten Anspruchsbeschränkungen (s.u.) das Problem zusätzlich verschärft.

Die 12 regionalen Caritas-Sozialberatungsstellen für Menschen in Not in Oberösterreich konnten 2013 insgesamt rund 12.700 Menschen (inklusive ihrer Familienangehörigen) in existenziellen Notlagen unterstützen. Insgesamt wurden 14.251 Beratungen durchgeführt. „Meistens sind es vielfältige Probleme, die auf den Menschen lasten – dafür braucht es auch vielfältige Maßnahmen“, erläuterte Maria Ehmann, die Leiterin der Sozialberatungsstellen. Zur Überbrückung der akuten Notlage helfe man auch mit finanzieller Unterstützung – zum Beispiel mit Lebensmittel-Gutscheinen oder der einmaligen Übernahme von Rechnungen für Mietkosten. Ehmann verwies allerdings darauf, dass sich nicht alle, die es finanziell schwer haben, an die Caritas wenden, da es eine große Hemmschwelle bedeute, zur Caritas zu gehen und um Hilfe zu bitten.

Vor allem folgende, im Zusammenhang mit den Wohnkosten auftretende Probleme werden laut Ehmann in den Sozialberatungsstellen wahrgenommen:

- *Hohe Anmietungskosten* (Aufbringen von Kautionen, Ablösen, Baukostenzuschüssen): Die meisten KlientInnen der Caritas verfügen über keine Ersparnisse und können sich daher die Kosten nicht leisten, um überhaupt zu einer Wohnung zu kommen. Zudem sind die meisten Wohnungen nicht möbliert – wenn also die Anmietungskosten erst aufgebracht sind, muss nochmals ein Betrag für die Einrichtung aufgebracht werden.
- *Preissteigerungen bei Mietwohnungen*: Besonders durch die Renovierungen von Altbauten steigen die Mietpreise in letzter Zeit vermehrt und deutlich an und sind für die KlientInnen nicht mehr leistbar. Oft sind auch hohe Mietpreis-Sprünge durch die Erhöhung von Betriebskosten oder Annuitäten zu beobachten. Im oberösterreichischen Ballungs-

raum gleichen sich auch die Preise von Genossenschaftswohnungen und Privatwohnungen immer mehr an. Für die KlientInnen ist das ein großes Problem, weil die Mieten und andere Ausgaben steigen, die Einnahmen (AMS-Leistungen, etc.) aber nicht bzw. nicht im selben Ausmaß. Und nachdem die Wohnbeihilfe nicht vom Mietpreis abhängig ist, steigt auch diese nicht, wenn die Kosten höher werden.

- **Keine Wohnbeihilfe bei höherpreisigen Privatwohnungen:** Ein besonderes Problem ist die Neuregelung der Wohnbeihilfe vor ein paar Jahren: Bei privat vermieteten Wohnungen, deren Mietpreis über 7 Euro pro Quadratmeter liegt, besteht kein Anspruch mehr auf Wohnbeihilfe. Da die Wartezeit auf eine günstigere Genossenschaftswohnung sehr lang sein kann, müssen die KlientInnen aber oft in eine teurere Privatwohnung ziehen.

Dazu kämen weitere Anspruchsbeschränkungen bei der Wohnbeihilfe:

- **Anrechnung von Alimenten/Waisenrenten:** Seit der Neuregelung der Wohnbeihilfe mit Ende 2013 werden nun bei AlleinerzieherInnen Alimente oder/und Waisenrenten für die Kinder bis zu 162 Euro zum Einkommen dazugerechnet – das hat zur Folge, dass weniger bis gar kein Anspruch mehr auf Wohnbeihilfe besteht. Das fällt insbesondere bei

Alleinerziehenden ins Gewicht, die ohnehin weniger Alimente erhalten. So könne es passieren, dass im gleichen Haus Alleinerzieherin A weniger bis keine Wohnbeihilfe mehr bekommt, obwohl sie in Summe (eigenes Einkommen plus Alimente) ein geringeres Einkommen erhält als die alleinerziehende und Wohnbeihilfe beziehende Nachbarin B.

- **Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze als Voraussetzung für Wohnbeihilfe:** Ebenfalls neu ist, dass ein Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze (2013 waren das jährlich 4.512,12 Euro) nachgewiesen werden muss und bestimmte Einkommensarten (z.B. Pflegegeld) nicht als Einkommen gerechnet werden. Demnach gibt es keine Wohnbeihilfe mehr, wenn eine alleinerziehende Mutter ein mehrfach behindertes pflegebedürftiges Kind zu Hause betreut und als „Einkommen“ nur das Pflegegeld vorweisen kann.

Fallbeispiel

Was das alles in der Realität bedeutet, zeigt das von Ehmann zitierte Beispiel von Herrn A., der 50 Jahre alt und gesundheitlich eingeschränkt ist und deshalb eine Invaliditätspension inklusive Ausgleichszulage von knapp 800 Euro im Monat bezieht. Er hat sich von seiner Lebensgefährtin getrennt und musste sich eine neue Wohnung suchen. Die WAG hat ihm eine kleine Wohnung zugewiesen, die Anmietungskosten (Kauti-



Von den nunmehrigen Anspruchsbeschränkungen bei der Wohnbeihilfe sind insbesondere AlleinerzieherInnen betroffen.
Quelle: Mediendienst der Caritas in OÖ.

on, Erstmiete, Vertragsvergebührung) in Höhe von ca. 1.200 Euro musste er teilweise mit einer Kontoüberziehung finanzieren. Dazu kommt, dass die Wohnung unmöbliert ist und er Möbel anschaffen musste. Die Mindestpension von Herrn A. wird monatlich mit 70 Euro wegen alter Alimentationsrückstände gepfändet.

Herr A. hat um Wohnbeihilfe angesucht, dies wurde aber abgelehnt. Grund dafür ist, dass die WAG keine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft ist und somit als Privatvermieter gilt. Die Miete beträgt 7,12 Euro/m². Herr A. hätte zwar jetzt eine eigene kleine Wohnung, durch den Wegfall der Wohnbeihilfe (ca. 150 Euro) bleiben ihm aber nach Abzug der Fixkosten nur noch 270 Euro monatlich zum Leben übrig, das sind 9 Euro am Tag. Davon muss er seinen ganzen Lebensunterhalt bestreiten.

Prekäre Situation von Flüchtlingen

Ein großes Problem bedeutet der Mangel an leistbarem Wohnraum derzeit in Oberösterreich auch für Flüchtlinge, deren Asylverfahren positiv abgeschlossen wurde und die Anspruch auf Asyl in Österreich haben, betonte Caritas-Direktor Kehrer. Sie haben keinen Anspruch mehr auf staatliche Grundversorgung, haben aber zumeist auch noch kein eigenes Einkommen. Nachdem bei Genossenschaftswohnungen die Wartelisten lang sind, bleibt für sie nur der private Wohnungsmarkt, die Mieten sind aber zum Großteil nicht leistbar – und wer keine Arbeit hat, bekommt meistens auch keinen Mietvertrag.

Geforderte Maßnahmen

Um hier Abhilfe zu schaffen, formulierte Kehrer abschließend „sechs Gebote der Stunde“ gegen die Armutsfalle Wohnen:

1. *Wiedereinführung der Zweckwidmung für die Wohnbauförderung:* Die Wohnbaufördergelder des Bundes sollen in den Ländern wieder zweckgewidmet für den Wohnbau – und hier insbesondere für den gemeinnützigen Wohnbau – eingesetzt werden. Ebenso müssten auch die Rückflüsse aus den Wohnbaudarlehen wieder diesem Zweck gewidmet werden, denn nur so könne mehr und auch günstigerer Wohnraum geschaffen werden. Der geförderte gemeinnützige Wohnbau habe auch einen preisdämpfenden Einfluss auf den gesamten Wohnungsmarkt.
2. *„Wiederbelebung“ des sozialen Wohnbaus und verbindliche Kostendämpfung:* Der gemeinnützige oder „soziale“ Wohnbau wurde in Österreich Anfang des 20. Jahrhunderts begründet, um die damalige Armut zu bekämpfen. Der soziale Wohnbau habe entscheidend zum vergleichsweise hohen Lebensstandard in Österreich beigetragen und sozialen Ausgleich geschaffen. Angesichts der Krise und der ansteigenden Wohnkosten hält es Kehrer für angebracht, sich wieder auf den sozialen Wohnbau als Maßnahme zur Armutsprävention zurückzubedenken. Der gemeinnützige Wohnbau brauche dringend eine „Wiederbelebung“, denn die ursprüngliche Zielsetzung, leistbaren Wohnraum in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, sei heute ins Hintertreffen geraten. Es müsse neuer Wohnraum geschaffen werden, wobei allerdings künftig wieder mehr darauf geachtet werden soll, die Kosten und damit auch die Mieten so günstig wie möglich zu halten. Kehrer fordert verbindliche Baukostenbeschränkungen, denn ein freiwillig einsetzbarer Wirtschaftlichkeitsbeirat greift hier seines Erachtens zu kurz. Und da die Höhe der Grundkosten dabei auch eine entscheidende Rolle spiele, seien die Gemeinden gefordert, deutlich mehr gemeindeeigene Flächen für den sozialen Wohnbau kostengünstig zur Verfügung zu stellen.
3. *Anspruchsbeschränkungen bei der Wohnbeihilfe überdenken:* Wenn in Zeiten wie jetzt, in denen nicht genügend leistbarer Wohnraum zur Verfügung steht, der Anspruch auf Wohnbeihilfe beschränkt und damit armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen aus der Inanspruchnahme ausgeschlossen werden, dann werde damit die Armut gefördert. Da viele Menschen mit geringem Einkommen auf privat vermietete Wohnungen angewiesen sind, bräuchten sie auch einen Anspruch auf Wohnbeihilfe unabhängig vom Mietpreis. Der ist derzeit aber nicht gegeben (s.o.). Als problematisch erachtet Kehrer auch die letztes Jahr eingeführte Vorgabe für AlleinerzieherInnen, zu deren Einkommen, wie erwähnt, nunmehr die Alimente bis zu einer Höhe von 162 Euro dem Einkommen zugerechnet wird, weshalb viele von ihnen plötzlich keinen oder weniger Anspruch auf Wohnbeihilfe haben. Der Caritas-Direktor hielte es für sozial gerechter, die Alimente erst ab einer bestimmten Höhe anzurechnen und nicht jene zu bestrafen, die ohnehin nur wenig bekommen.
4. *Unterstützung bei den Erstanmietungskosten:* Kautionen und andere Erstanmietungskosten bedeuten für Menschen mit geringem Einkommen hohe Zugangshürden zu Wohnraum. Hilfreich wäre hier ein zinsfreies Erstanmietungsdarlehen vom Staat, z.B. über 5 Jahre rückzahlbar mit

geringfügig höherer Miete. Darüber hinaus fordert die Caritas für Menschen in akuten Notlagen (z.B. Mindestpensionisten, MindestsicherungsbezieherInnen) auch eine einmalige und zweckgebundenen Sonderförderung für die Kosten der Neuanmietung.

5. *Einführung von wirksamen Mietpreisbegrenzungen:* Auch am privaten Wohnungsmarkt müsse es wirksame Mietzinsbegrenzungen geben, denn bei den diversen Zu- und Abschlägen, die den MieterInnen oft verrechnet werden, habe sich ein undurchsichtiger und oft sehr teurer „Dschungel“ entwickelt. Kehrer plädiert dafür, alle rechtlich zulässigen Zu- und Abschläge im Mietrechtsgesetz vollständig aufzulisten, und für eine Deckelung der Gesamthöhe dieser Zuschläge.
6. *Recht auf Wohnen verankern:* Der Caritas-Direktor hält es für beschämend, dass Österreich die Artikel 30 (Recht auf Schutz vor Armut) und 31 (Recht auf Wohnung) der Europäischen Sozialcharta noch nicht ratifiziert hat. „Wir brauchen ein Bekenntnis zu diesen Menschenrechten und eine Verankerung in der Verfassung“, fordert Kehrer.

Sein Resümee: „Leistbarer Wohnraum gehört zu jenen Leistungen der Daseinsvorsorge, für welche die öf-

fentliche Hand verantwortlich sein und bleiben muss und bei der man sich nicht allein auf die Mechanismen des Marktes verlassen darf. Genossenschaftlicher bzw. gemeinnütziger geförderter Wohnbau ebenso wie eine Subjektförderung in Form der Wohnbeihilfe muss daher als Solidarausgleich integrativer Bestandteil eines Wohlfahrtsstaates sein.“

Die Caritas könne dabei nur ein wenig das abfedern, was von staatlicher Seite versäumt wurde. Geholfen wird Menschen in Not mit Beratung und punktueller Unterstützung, z.B. bei den Wohnkosten. Außerdem hat die Sozialorganisation einen Kautionsstopf begründet, aus dem Menschen bei den Erstanmietungskosten mit einem zinsfreien Darlehen unter die Arme gegriffen wird. Darüber hinaus betreibt man begleitete Wohnprojekte für Menschen in akuten Notlagen, wie z.B. das Haus für Mutter und Kind sowie den Hartlauerhof für wohnungslose Männer in Asten. Diese Hilfe könne nur dank der Solidarität und Spendenbereitschaft der OberösterreicherInnen geleistet werden.

Quelle: Unterlagen zur Pressekonferenz von Franz Kehrer, Direktor der Caritas in Oberösterreich, und Maria Ehmman, Leiterin der Caritas Sozialberatung OÖ, Linz, 31.03.2014

Die Mietpreisentwicklung in Österreich seit 2005

Wie eine Untersuchung des WIFO zeigt, erhöhten sich die Mieten für Hauptmietwohnungen privater Eigentümer seit 2005 stärker als jene für Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen. Die Mietpreissteigerungen lagen deutlich über dem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus und der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Tendenziell ist das Mietpreisniveau in Wien höher als in den anderen Bundesländern.

Auf Basis einer Sonderauswertung der individuellen Mikrozensus-Wohnprogramm Daten untersuchte das

WIFO für den Zeitraum 2005 bis 2012 die Entwicklung der Mietpreise auf dem österreichischen Wohnungsmarkt. Aus der Stichprobe wurden verschiedene Mietvertragstypen bestimmt, die das komplexe österreichische Mietrecht repräsentieren. Sowohl für die Bestände als auch für Neuvermietungen wurden aus der Stichprobe Quadratmeterpreise für die verschiedenen Mietvertragstypen (Eigentümerkategorien, befristete und unbefristete Mietverhältnisse, regulierte Mieten, freier Markt) für Österreich hochgerechnet.

Bestand an Mietwohnungen

40 Prozent der 3,7 Mio. österreichischen Haushalte bewohnen eine Hauptmietwohnung, wobei dieser Anteil zwischen 75 Prozent in Wien und 14 Prozent im Burgenland variiert. Im Jahr 2012 machten Genossenschaftswohnungen und Mietwohnungen privater Eigentümer („Andere Hauptmieten“) jeweils 40 Prozent und Gemeindewohnungen 19 Prozent aller Hauptmietwohnungen aus. Gut 44 Prozent aller

Übersicht 1: Mietpreise für den Hauptmietwohnungsbestand in Österreich
 Bruttomieten (Wohnungsaufwand ohne Garagen- und Heizkosten, einschließlich Umsatzsteuer)

	2005 € je m ²	2012 € je m ²	2005/2012	
			Veränderung in %	Veränderung in % p. a.
Insgesamt				
Hauptmietwohnungen	5,1	6,3	+ 23,4	+ 3,0
Gemeindewohnungen	4,8	5,6	+ 16,5	+ 2,2
Genossenschaftswohnungen	5,0	5,8	+ 17,8	+ 2,4
Andere Hauptmietwohnungen	5,3	7,0	+ 33,1	+ 4,2
Richtwertmieten	6,1	7,8	+ 27,3	+ 3,5
Andere geregelte Mieten	3,8	4,8	+ 28,0	+ 3,6
Freie und angemessene Mieten	5,2	6,9	+ 32,1	+ 4,1
Mietvertrag befristet				
Hauptmietwohnungen	6,4	7,9	+ 22,7	+ 3,0
Gemeindewohnungen	5,6	5,6	- 0,0	- 0,0
Genossenschaftswohnungen	6,2	7,3	+ 17,0	+ 2,3
Andere Hauptmietwohnungen	6,5	8,3	+ 27,4	+ 3,5
Richtwertmieten	6,6	8,2	+ 25,3	+ 3,3
Andere geregelte Mieten	4,8	7,3	+ 52,4	+ 6,2
Freie und angemessene Mieten	6,6	8,3	+ 26,7	+ 3,4
Mietvertrag unbefristet				
Hauptmietwohnungen	4,9	6,0	+ 21,3	+ 2,8
Gemeindewohnungen	4,8	5,6	+ 17,2	+ 2,3
Genossenschaftswohnungen	4,9	5,8	+ 17,7	+ 2,4
Andere Hauptmietwohnungen	4,9	6,4	+ 28,7	+ 3,7
Richtwertmieten	5,9	7,5	+ 27,4	+ 3,5
Andere geregelte Mieten	3,7	4,5	+ 21,0	+ 2,8
Freie und angemessene Mieten	4,9	6,1	+ 25,4	+ 3,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen basierend auf Mikrozensusdaten von Statistik Austria.

Hauptmietwohnungen befinden sich in Wien, jedoch entfallen 72 Prozent aller Gemeindewohnungen, aber lediglich 29 Prozent der Genossenschaftswohnungen auf Wien. Aufgrund des hohen Althausbestandes befinden sich in Wien 64 Prozent aller Wohnungen, die in Österreich unter das 1994 eingeführte Richtwertmietensystem fallen. Der Anteil der Mietwohnungen mit dominantem öffentlichem Einfluss – darunter fallen Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen sowie private Wohnungen, deren Miete einer regulierten Mietzinsobergrenze unterliegt – ist österreichweit von 66 Prozent im Jahr 2005 auf 75 Prozent im Jahr 2012 gestiegen.

Jährlich werden 7 bis 9 Prozent aller Hauptmietwohnungen neu vermietet, 2012 waren das 128.000 Wohnungen. Dabei entfällt mit etwa 60 Prozent der Neuvermietungen der überwiegende Teil auf Wohnungen privater Eigentümer, rund 30 Prozent auf Genossenschafts- und gut 10 Prozent auf Gemeindewohnungen. Hauptmietwohnungen privater Eigentümer werden mittlerweile überwiegend befristet vermietet. Im Jahr 2012 betraf das 63 Prozent der neuen Mietver-

träge. Bei der Neuvermietung von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen sind Befristungen deutlich seltener, die entsprechenden Anteile belaufen sich auf 20 bzw. 12 Prozent.

Divergenz bei der Entwicklung der Mietpreise

Der Mikrozensus liefert ab dem Jahr 2005 Informationen über die Entwicklung der Bestandsmieten für Hauptmietwohnungen nach Eigentümerkategorien (Gemeinde-, Genossenschafts- und andere Hauptmietwohnungen). In die Gruppe „andere Hauptmietwohnungen“ (private Eigentümer) fallen Wohnungen, deren Mieten bei Neuvermietung frei bzw. angemessen oder nach den im Mietrechtsgesetz geregelten Richtwerten festgelegt werden bzw. vor dem 1. März 1994 nach anderen Bestimmungen reguliert wurden (Kategorie „Andere geregelte Mieten“ in Übersicht 1). Der Bruttohauptidezins war 2005 im Bestand von Hauptmietwohnungen privater Eigentümer um durchschnittlich 0,40 Euro je m² höher als für Gemeindewohnungen. In den letzten sieben Jahren hat sich diese Differenz auf 1,3 Euro verdreifacht.

Für Hauptmietwohnungen privater Eigentümer zeigen sich deutlich höhere Preiszuwächse als für die anderen zwei Eigentümerkategorien: Von 2005 bis 2012 stiegen die „freien und angemessenen Mieten“ jährlich um 4,1 Prozent und die Richtwertmieten um 3,5 Prozent. Die Mieten für Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen erhöhten sich jährlich um 2,2 bzw. 2,4 Prozent. Zugleich lag die allgemeine Teuerungsrate bei 2,1 Prozent, die verfügbaren Haushaltseinkommen stiegen um 2,3 Prozent pro Jahr. (vgl. Übersicht 1)

Die geringe durchschnittliche Mietdauer im Bereich der Richtwertmieten (2012: 5 1/2 Jahre) ist der Grund dafür, dass das durchschnittliche Mietzinsniveau im Bestand der Richtwertmieten 2012 mit 7,8 Euro je m² signifikant höher war als für die „freien und angemessenen Mieten“. Hier betrug das durchschnittliche Zinsniveau 6,5 Euro je m² bei einer Durchschnittsmietdauer von 11 Jahren.

Ein Vergleich der Bestandsmieten zwischen Wien und den anderen Bundesländern zeigt nach Eigentümerkategorien und mietrechtlichen Typen im Allgemeinen ein ähnliches Bild. Das Niveau der Mieten und auch die jährlichen Zuwächse sind in Wien im Allgemeinen höher als im übrigen Österreich.

Die Miete für Altbauwohnungen unterliegt meist den Obergrenzen der Richtwertsätze. Die Mieten für neuvermietete Wohnungen im Richtwertsystem und die

„freien und angemessenen Mieten“ unterscheiden sich im Niveau nicht. Der durchschnittliche Mietzinsanstieg zwischen 2005 und 2012 war für die Richtwertmieten kaum geringer als auf dem freien Markt. Der durchschnittliche Mietzins einer unbefristet und einer befristet vermieteten Wohnung unterscheidet sich nicht statistisch signifikant, obwohl letzterer 2012 um 1,3 Euro je m² höher war. Ein Abschlag für befristet vergebene Wohnungen – wie im Mietrechtsgesetz vorgesehen – ist außer für Gemeindewohnungen nicht zu erkennen. (vgl. Übersicht 2)

Mietpreisentwicklung in Wien

In Wien steigen die Richtwertmieten bei Neuvermietung laut Mikrozensus signifikant schwächer als die „freien und angemessenen Mieten“. Ein Vergleich der Entwicklung der Mietzinse für neuvermietete Wohnungen in Wien mit dem Durchschnitt der anderen Bundesländer lässt vermuten, dass das Mietzinsniveau in allen Unterscheidungsmerkmalen (Baujahr, Befristung, Eigentübertyp – hier vor allem private Eigentümer) in Wien höher ist. Diese Unterschiede sind jedoch laut WIFO aufgrund der Größe der Stichprobe nicht statistisch signifikant.

Quelle: WIFO-Pressinformation vom 29.07.2013
Weitere Informationen im WIFO-Monatsbericht 7/2013 (<http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46878>)

Übersicht 2: Mietpreise für neuvermietete Hauptmietwohnungen in Österreich

	2005	2012	2005/2012	
	€ pro m ²	€ pro m ²	Veränderung in %	Veränderung in % p. a.
Bruttomieten (Wohnungsaufwand ohne Garagen- und Heizkosten, einschließlich Umsatzsteuer)¹⁾				
Insgesamt				
Hauptmietwohnungen	6,1	7,4	+ 22,4	+ 2,9
Gemeindewohnungen	5,5	6,1	+ 10,0	+ 1,4
Genossenschaftswohnungen	5,4	6,3	+ 17,7	+ 2,4
Andere Hauptmietwohnungen	6,4	8,4	+ 30,0	+ 3,8
Mietvertrag befristet				
Hauptmietwohnungen	6,8	8,2	+ 19,9	+ 2,6
Gemeindewohnungen	6,5	5,7	- 11,6	- 1,8
Genossenschaftswohnungen	6,7	7,4	+ 11,0	+ 1,5
Andere Hauptmietwohnungen	6,9	8,5	+ 23,2	+ 3,0
Mietvertrag unbefristet				
Hauptmietwohnungen	5,6	6,9	+ 23,5	+ 3,1
Gemeindewohnungen	5,3	6,1	+ 16,3	+ 2,2
Genossenschaftswohnungen	5,1	6,2	+ 20,5	+ 2,7
Andere Hauptmietwohnungen	6,0	8,2	+ 37,4	+ 4,6

Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen basierend auf Mikrozensusdaten von Statistik Austria. – 1) Laut Mikrozensus

Wohnzufriedenheit in der Stadt Salzburg

Steigende Immobilienpreise belasten insbesondere MieterInnen am privaten Wohnungsmarkt. Die Auswirkungen dessen sowie besonders betroffene Gruppen hat das Institut SORA im Rahmen eines Schwerpunkts zum Städtebarometer 2014 sowie einer Erhebung zur Wohnzufriedenheit in der Stadt Salzburg untersucht.

Im Rahmen des jährlich für den Österreichischen Städtebund durchgeführten Städtebarometers hat SORA im Frühjahr 1.076 Personen ab 16 Jahren telefonisch befragt. Demnach fühlen sich mehr als die Hälfte (54%) der ÖsterreicherInnen durch die Wohnkosten sehr oder ziemlich belastet. Besonders MieterInnen in privaten Mietwohnungen spüren die Preissteigerungen am Wohnungsmarkt: Über zwei Drittel (69%) fühlen sich in dieser Gruppe sehr/ziemlich belastet.

Repräsentative Befragung in Salzburg

In Rahmen der Studie wurde eine repräsentative Befragung unter SalzburgerInnen ab 16 Jahren durchgeführt. Insgesamt wurden im November 2013 1.005 Personen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Salzburg telefonisch befragt.

Die Lebensqualität in der Stadt Salzburg wird dabei durchwegs als hoch eingeschätzt: 92 Prozent der Befragten schätzen sie als sehr oder ziemlich hoch ein. Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen sind gering, das heißt sowohl Menschen mit hohem wie Menschen mit niedrigem Einkommen, EigentümerInnen wie MieterInnen teilen diese Einschätzung.¹

93 Prozent der Befragten sind mit ihrer Wohnung bzw. ihrem Haus sehr oder ziemlich zufrieden, mit der Wohnumgebung sind 88 Prozent der Befragten sehr oder ziemlich zufrieden. Die hohe Zufriedenheit der SalzburgerInnen mit ihrer Wohnumgebung spiegelt sich durchgängig in den einzelnen Teilaspekten (siehe Abbildung 1): Bei keinem der abgefragten Teilaspekte liegt die Zufriedenheit (sehr/ziemlich) unter 87

Prozent. Besonders häufige Nennungen der Kategorie „sehr zufrieden“ finden sich bei der Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und den Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf (73% bzw. 69%). Im Mittelfeld liegen die Zufriedenheit mit den Grünflächen in der näheren Wohnumgebung (64% sehr zufrieden), der Sauberkeit des Wohnviertels (63% sehr zufrieden), den Leuten in der Nachbarschaft und der Nähe zu Schulen und Kindergärten (jeweils 59% sehr zufrieden). Etwas geringer ist die Zufriedenheit mit dem Ansehen des Wohnviertels (54% sehr zufrieden) und der Sicherheit in der Wohnumgebung (52% sehr zufrieden).

Belastung durch hohe Wohnkosten ungleich verteilt

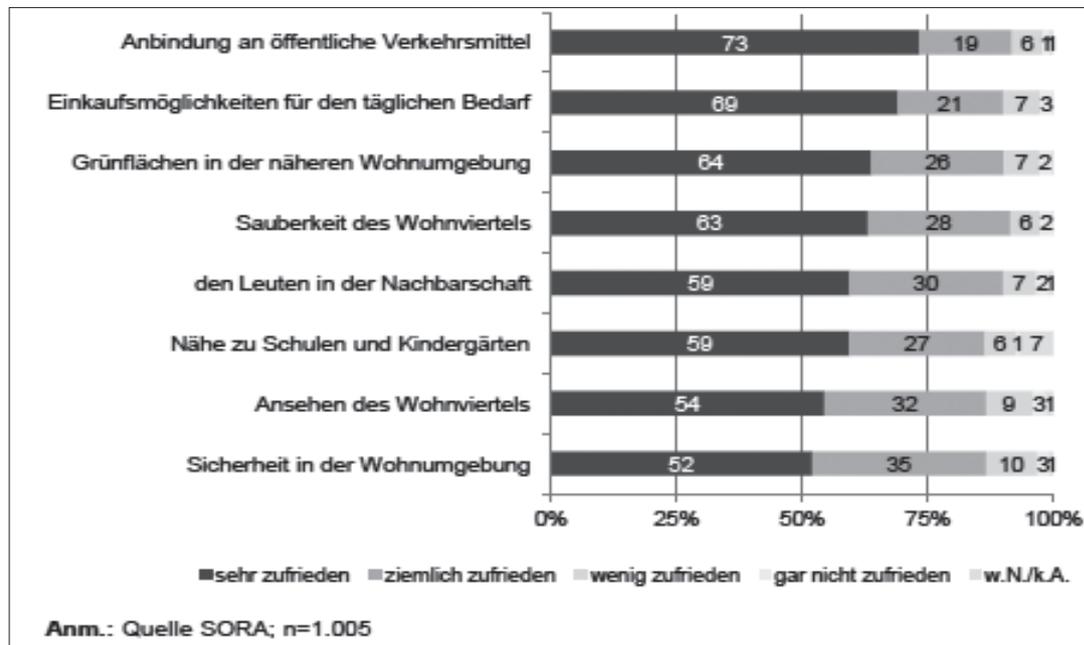
Insgesamt fühlen sich 44 Prozent der Befragten durch die Wohnkosten sehr oder ziemlich belastet; also etwas weniger als im Österreich-Durchschnitt (s.o.). Besonders betroffen sind auch in Salzburg MieterInnen privater Mietwohnungen: Über die Hälfte (58%) geben an, dass die Wohnkosten für sie sehr oder ziemlich belastend sind. Dementsprechend sind es auch die monatlichen Kosten, mit denen die SalzburgerInnen in Bezug auf ihre Wohnsituation am wenigsten zufrieden sind: 23 Prozent sind damit wenig oder gar nicht zufrieden – während etwa die Größe der Wohnfläche nur für 9 Prozent der Befragten ein Grund für Unzufriedenheit ist (siehe Abbildung 2).

Wenig überraschend ist die Belastung durch die Wohnkosten besonders hoch bei Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen. 66 Prozent fühlen sich in dieser Gruppe belastet gegenüber 44 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Unabhängig vom Einkommen zählen die MieterInnen in privaten Mietwohnungen zu den durch die Wohnkosten finanziell besonders belasteten Gruppen. Diese Gruppe ist durch hohe Wohnkosten und eine geringere Zufriedenheit mit der Wohnung charakterisiert – aber auch durch eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit der Wohnumgebung.

Besonders auf den privaten Mietwohnungsmarkt angewiesen sind Singles unter 60 Jahren. Etwas mehr als die Hälfte gibt in dieser Gruppe an, durch die Wohnkosten sehr oder ziemlich belastet zu sein. Familien mit Kindern sind zwar im allgemeinen zufrieden mit Lebensqualität und Wohnsituation, fühlen sich allerdings stärker durch die Kosten belastet als der Rest der Bevölkerung. Insbesondere kinderreiche Familien fühlen sich durch die Wohnkosten überdurchschnittlich stark belastet (61% sehr/ziemlich belastet).

¹ Als Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen gelten in dieser Studie Personen mit einem Äquivalenzeinkommen bis 1.000 Euro, als Personen mit hohem Haushaltseinkommen Personen mit einem Äquivalenzeinkommen über 2.000 Euro.

Abbildung 1: Teilaspekte der Wohnumgebung



Die aktuell angespannte Situation am Wohnungsmarkt zeigt sich den StudienautorInnen zufolge an der überdurchschnittlichen Belastung durch Wohnkosten unter den am Wohnungsmarkt mobilen Gruppen:

- Unter jenen Personen, die erst seit zehn Jahren oder weniger in Salzburg leben, fühlen sich 15 Prozent von den Wohnkosten sehr und 36 Prozent ziemlich belastet.

- Unter jenen, die in den vergangenen fünf Jahren umgezogen sind, steigen diese Anteile auf 21 Prozent, die sich „sehr“, und 31 Prozent, die sich „ziemlich“ belastet fühlen.

- Am stärksten ist das subjektive Belastungsgefühl unter jenen, die derzeit aktiv Wohnung suchen: Ein Viertel fühlt sich durch die Wohnkosten „sehr belastet“ und ein Drittel „ziemlich belastet“.

Abbildung 2: Teilaspekte der Wohnungszufriedenheit



Dabei steht jenen, die jüngst umgezogen sind, im Durchschnitt weniger Wohnraum pro Person zur Verfügung als dem Rest der Bevölkerung, die Unzufriedenheit mit der Wohnungsgröße und mit den Kosten ist folglich in dieser Gruppe besonders hoch. Mehr als ein Drittel will in den nächsten Jahren wieder umziehen.

Umzugspläne derzeit schwer zu realisieren

94 Prozent der Befragten schätzen es derzeit als sehr oder ziemlich schwer ein, in Salzburg eine leistbare Mietwohnung zu finden. Diese Einschätzung teilen Personen mit hohem wie mit niedrigem Einkommen. Unter den aktuell aktiv Wohnungssuchenden schätzen es sogar 84 Prozent als „sehr schwer“ ein, aktuell eine leistbare Mietwohnung zu finden.

Gleichzeitig gibt jede/r fünfte Befragte an, dass sie selbst oder eine andere Personen im Haushalt in den nächsten fünf Jahren einen Umzug plant, die Hälfte davon gibt an, dass bereits mit der aktiven Suche begonnen wurde. Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen planen häufiger einen Wohnungswechsel in den nächsten fünf Jahren als der Rest der Bevölkerung (27%). Besonders häufig umziehen wollen MieterInnen in privaten Mietwohnungen (39%). Eben-

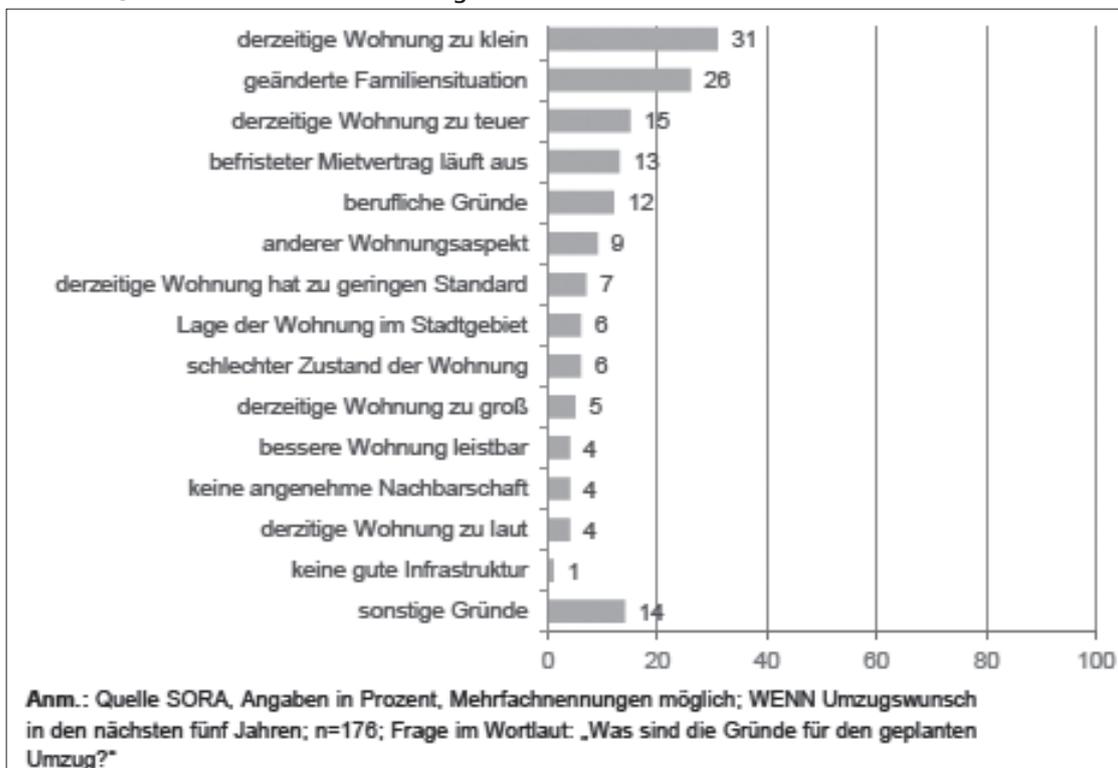
falls hoch ist der Anteil der Umzugswilligen unter den in den letzten 5 Jahren Umgezogenen: 36 Prozent möchten in den nächsten Jahren wieder umziehen, 17 Prozent sind derzeit aktiv auf Wohnungssuche. Dass die derzeitige Wohnung zu teuer ist, ist nach der Wohnungsgröße und der geänderten Familiensituation der häufigste Grund für einen Umzugswunsch (siehe Abbildung 3).

Steigende Wohnkosten beeinträchtigen die Lebensqualität

Die Wohnzufriedenheit ist in der Stadt Salzburg insgesamt hoch, wobei bestimmte Bevölkerungsgruppen mit vergleichsweise schlechteren Wohnverhältnissen und/oder einer größeren Belastung durch die Wohnkosten konfrontiert sind. Die finanzielle Belastung durch Wohnkosten schmälert dabei direkt die Wohnzufriedenheit der betroffenen Gruppen und drückt in weiterer Folge auf die Lebensqualität.

Auch vergleichende internationale Studien haben gezeigt, dass dem Wohnen aufgrund seines starken Einflusses auf die Lebenszufriedenheit eine besondere gesellschaftliche Relevanz zukommt. D.h. Befragte, die mit ihrer persönlichen Wohnsituation zufrieden sind, haben mehrheitlich auch eine hohe Lebenszu-

Abbildung 3: Gründe für einen Umzugswunsch



friedenheit und schätzen die Lebensqualität in ihrer Gemeinde als hoch ein. Leistbares Wohnen kann somit als einer der Schlüsselfaktoren für den Erhalt der Lebensqualität betrachtet werden.

Die angespannte Lage am Salzburger Wohnungsmarkt betrifft derzeit zwar nur eine Minderheit in der Bevölkerung unmittelbar. Aufgrund der errechneten statistischen Zusammenhänge kann laut Studienleiter Günther Ogris mittel- bis langfristig jedoch ein allgemeiner Rückgang der Wohnzufriedenheit und in wei-

terer Folge der Lebensqualität in Salzburg prognostiziert werden, sofern sich die Rahmenbedingungen am Wohnungsmarkt nicht ändern oder entsprechend gegengesteuert wird.

Quellen: Steigende Wohnkosten: Jede/r Zweite belastet, in: SORA-Newsletter vom 03.09.2014; Günther Ogris: Wohnzufriedenheit und Lebensqualität in Salzburg, SORA-Pressunterlagen, 03.09.2014

Wohnungslosigkeit in Salzburg

Das Forum Wohnungslosenhilfe, die Salzburger Armutskonferenz und die ÖH Salzburg veranstalteten am 25. März den „2. Tag der Wohnungsnot“. Aus diesem Anlass luden Robert Buggler von der Salzburger Armutskonferenz, Caritas-Direktor Johannes Dines, Gudrun Hagen vom Frauentreffpunkt Salzburg und Anton Waltl von VinziDach und housing first Salzburg zu einer Pressekonferenz, in der sie die zentralen Ergebnisse der Wohnungslosenerhebung 2013 sowie daraus abgeleitete Bedarfe und Forderungen bekanntgaben.

Ein konstant hohes Mietkostenniveau und eine steigende Anzahl von Personen, die wohnungs- oder obdachlos sind, waren für das ProponentInnenkomitee „Grund genug, die real existierende Wohnungsnot in Stadt und Land Salzburg wieder einmal auf die politische Tagesordnung zu setzen“. Kritisiert wurde, dass das Land Salzburg zwar in einer breit angelegten Wohnbedarfserhebung „Bedarfe“ ermittelt, die für die weitere Planung der regionalen Wohnpolitik handlungsleitend sein werden, bei dieser Bedarfserhebung jedoch auf Obdach- und Wohnungslose offenkundig „vergessen“ wurde. Durch das Fehlen einer Kategorie „Obdach- oder Wohnungslosigkeit“ sei diesen Menschen die Möglichkeit genommen worden, an der Erhebung teilzunehmen, sodass deren Bedarfe nicht

erhoben werden konnten. Ziel und Inhalt des 2. Tages der Wohnungsnot war es insofern, die Wohnbedarfserhebung um diese Bedarfe zu ergänzen und daraus abgeleitete Forderungen zu präsentieren. Auch Aktionen im öffentlichen Raum sowie eine Fachveranstaltung mit dem Salzburger Wohnbau-Landesrat Hans Mayr und Soziallandesrat Heinrich Schellhorn wurden durchgeführt.

Wohnungslosenerhebung 2013

Die jährlich durchgeführte Wohnungslosenerhebung des Forums Wohnungslosenhilfe bietet einen aktuellen Überblick über die Trends und Entwicklungen der Wohnungslosigkeit in der Stadt Salzburg. Das betrifft sowohl die Anzahl der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen als auch die Verteilung dieser Personen auf die unterschiedlichsten Formen der Wohn(not)versorgung.

Erfasst werden Menschen, die nach den Kriterien der FEANTSA (Europäische Vereinigung der nationalen Wohnungslosenhilfe-Organisationen) als obdachlos, wohnungslos oder in prekärer Wohnversorgung leben (ETHOS-Kriterien). Unterschieden werden insgesamt vier Kategorien:

1. *Obdachlosigkeit*: Leben auf der Straße, in Parks, in Notunterkünften etc.
2. *Wohnungslosigkeit*: Einrichtungen mit begrenzter Aufenthaltsdauer, Asyle und Herbergen, Übergangswohnen etc.
3. *Ungesichertes Wohnen*: Wohnen bei Freunden, Bekannten, Pensionszimmer, von Delogierung bedroht etc.
4. *Ungenügendes Wohnen*: Überbelag, Wohnwägen, Wohnprovisorien, unzumutbares / gesundheitsgefährdetes Wohnen etc.

Methodisches Vorgehen

Bei der Wohnungslosenerhebung werden insgesamt 90 Institutionen befragt, an die sich Menschen mit Wohnproblemen wenden können. Davon liefern ca. 40 Einrichtungen Daten für die Erhebung. Der Erhebungszeitraum ist jeweils der Monat Oktober. Erfasst werden die soziodemografischen Merkmale, wie Geschlecht, Geburtsdatum, Familienstand, Anfangsbuchstabe des Familiennamens (zur Bereinigung von Doppelnennungen), und die Wohnungslosenkategorie (s.o.). Für die Berechnung wurden ausschließlich vollständig ausgefüllte Datensätze herangezogen. Doppel- und Mehrfachnennungen werden SPSS-unterstützt gefiltert, wobei die Variablen Geburtsdatum, Geschlecht und Anfangsbuchstabe des Familiennamens verglichen werden.

Seit 1994 wurden laufend Anpassungen in der Erhebung vorgenommen (Schwerpunkt Frauen und Jugendliche), zuletzt z.B. wurde auch versucht, Personen zu erfassen, die starken sozialen Spannungen in Trennungs- und Gewaltsituationen ausgesetzt sind, sowie begleitete Minderjährige.

Der Salzburger Wohnungslosenerhebung kommt den ProponentInnen zufolge in Österreich einer Vorreiterrolle zu, in Graz und Innsbruck wurde das Konzept bereits übernommen und temporär umgesetzt.

Zentrale Ergebnisse

1.078 Personen wurden im Oktober 2013 von den an der Erhebung teilnehmenden Einrichtungen (Sozialorganisationen, Notschlafstellen, Krankenhäuser etc.) in der Stadt Salzburg als obdach- oder wohnungslos registriert. Davon 613 ÖsterreicherInnen, 194 Drittstaatsangehörige, 100 Personen mit Konventionssta-

tus, 133 EU-BürgerInnen, 22 AsylwerberInnen und 16 unbegleitete Jugendliche. Zusätzlich wurden 182 begleitete minderjährige Kinder und Jugendliche registriert. Zieht man diese in die Gesamtdarstellung mit ein, ergibt sich eine rückgemeldete Anzahl von insgesamt 1.260 obdach- und wohnungslosen Personen, berichtete Anton Walzl von VinziDach – housing first Salzburg (vgl. Tabelle 1).

Im Vergleich zum Vorjahr ist damit die Gesamtzahl der in Obdach- oder Wohnungslosigkeit lebenden Personen um 16 Prozent angestiegen (von 1.090 auf 1.260). Der Trend in Richtung „Internationalisierung“ hält an: Vor allem bei Personen aus dem EU-Raum und bei Drittstaatsangehörigen lässt sich im letzten Jahr ein starker Anstieg feststellen. Aber auch bei den ÖsterreicherInnen gibt es eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 20 Personen bzw. drei Prozent. Rückläufig war zuletzt hingegen die Zahl der wohnungslosen AsylwerberInnen.

Die meisten wohnungslosen Personen (318 von 1.062) kommen bei Bekannten unter. 150 Personen leben in einem unzumutbaren Wohnverhältnis, 118 in einer Wohnung mit Überbelag. Akut obdachlos waren im Oktober des Vorjahres 114 Personen, 93 wohnten in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Pensionszimmer und 82 in einer Notschlafstelle.

Wohnungslosigkeit von Frauen

Derartige Notschlafstellen und Pensionszimmer sind für Frauen jedoch oft nicht geeignet, z.B. weil sie Kinder haben oder nach Gewalterfahrung eine geschützte Umgebung brauchen, berichtete Gudrun Hagen vom Verein Frauentreffpunkt. Sie merkte an, dass das Thema Wohnen aufgrund der Verknappung von leistbarem Wohnraum in den letzten Jahren immer viru-

Tabelle 1: Wohnungslose Personen in Salzburg - Veränderungen 2011 - 2013

Kategorie	2011	2012	2013	2012 - 2013 absolut	2012 - 2013 relativ
Erwachsene ÖsterreicherInnen	612	593	613	+ 20	+ 3%
Erwachsene Drittstaatsangehörige*	206	192	294	+ 102	+ 53%
Erwachsene EU-BürgerInnen	58	87	133	+ 46	+ 53%
Erwachsene AsylwerberInnen	37	43	22	-21	-49%
Gesamt Erwachsene	913	915	1.062	+ 147	+ 16%
unbegleitete Jugendliche	34	30	16	-14	-47%
Gesamt Erwachsene u. Jug.	947	945	1.078	+ 133	+ 14%
begleitete Minderjährige	157	145	182	37	+ 26%
Gesamt Erw., Jug. begl. u. unbegl.	1.104	1.090	1.260	+ 170	+ 16%

* Inkl. Konventionsflüchtlinge

lenter wurde und sich beim Verein Frauentreffpunkt durch alle Beratungsschwerpunkte zieht.

Frauen seien aufgrund der niedrigeren Einkommen besonders armutsgefährdet, besonders betroffen seien Alleinerzieherinnen oder einkommensarme Familien, aber auch Frauen, die nach einer Trennung auf der Straße stehen, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten können. Psychische Erkrankungen sind für obdach- und wohnungslose Frauen ebenfalls ein Thema, so Hagen. Akute Obdachlosigkeit komme bei Frauen allerdings eher selten vor, wohnungslose Frauen flüchten sich eher in die verdeckte Wohnungslosigkeit. Sie wohnen bei Verwandten und Bekannten, nehmen dafür oft Konflikte und Demütigungen in Kauf oder leben in Beziehungen, die von Unterdrückung oder Gewalt geprägt sind, nur um ein Dach über dem Kopf zu haben.

Besonders schwierig sei es, wenn Kinder betroffen sind. Wichtige Pflichten der Eltern wie z.B. die Sicherstellung der Einhaltung der Schulpflicht und der schulische Erfolg sind durch den Wegfall einer geregelten Unterkunft gefährdet.

Hagen kritisierte, dass es immer noch kein frauenspezifisches Angebot der Wohnungslosenhilfe in Salzburg gibt, außer den Notwohnungen vom Magistrat, die an ganz enge Bedingungen geknüpft seien, sodass eine Vermittlung kaum gelinge. „Wir benötigen dringend mehr leistbaren Wohnraum und eine niederschwellige Möglichkeit, wohnungslose Frauen vorübergehend und vor allem rasch unterzubringen.“

ArmutsmigrantInnen

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigt deutlich, dass vor allem jene Menschen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind, die aufgrund mangelnder Qualifikationen ihren Arbeitsplatz rascher verlieren als Menschen, die über eine qualifizierte Ausbildung verfügen, berichtete der Direktor des Caritasverbandes Salzburg, Johannes Dines. In der Wohnungslosenenerhebung 2013 spiegelt sich dieser Trend in den – im Vergleich zu den Vorjahren – stark gestiegenen Zahlen der wohnungslosen Nicht-ÖsterreicherInnen wider (s.o.). Neben den stark steigenden Zahlen bei Drittstaatsangehörigen und Konventionsflüchtlingen, die aus den unterschiedlichsten Gründen in Wohnungsnot geraten und deshalb die Angebote der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe in Anspruch nehmen, ist auch die Zahl der EU-BürgerInnen aus den osteuropäischen EU-Ländern stark gestiegen.

„Diese Menschen verlassen ihre Heimatländer, weil es ihnen dort am Lebensnotwendigen fehlt. Sie kommen

Forum Wohnungslosenhilfe

Das Forum Wohnungslosenhilfe ist ein Netzwerk von Trägern der Wohnungslosenhilfe sowie von Einrichtungen der psychosozialen Versorgung im Bundesland Salzburg.

Netzwerk- bzw. KooperationspartnerInnen:

- Caritas Salzburg
- Soziale Arbeit GmbH
- Verein Frauentreffpunkt
- Laube
- NEUSTART Salzburg
- Pro Mente Salzburg
- VertretungsNetz Sachwalterschaft
- Salzburger Armutskonferenz
- BAWO (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe)
- Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg
- helix - Forschung & Entwicklung

Das Forum Wohnungslosenhilfe ist vertreten in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (www.bawo.at).

zu uns, in der Hoffnung, Arbeit zu finden und scheitern oft an mangelnden Sprachkenntnissen und nicht ausreichender beruflicher Qualifikation“, informierte Dines.

Den ArmutsmigrantInnen sei der Zugang zum österreichischen Sozialsystem in vielen Fällen verwehrt. Eine reelle Chance, in Österreich eine geregelte Arbeit und leistbaren Wohnraum zu finden, hätten diese Menschen nicht. Im Sinne des Art. 3 der europäischen Menschenrechtskonvention müsse der Fokus darauf gerichtet sein, auch diesen Menschen, die sich rechtmäßig bei uns aufhalten, ein Mindestmaß an existenzsichernden Mitteln zur Verfügung zu stellen, so der Caritas-Direktor. Konkret fordert er die Möglichkeit einer Notunterkunft und die Absicherung basaler Bedürfnisse wie Essen, Körperhygiene, medizinische Versorgung sowie eine Beratung in Rechts- und Alltagsfragen.

Pensionszimmer-Problematik

In der Stadt Salzburg (und Umgebung) werden ca. 220 Pensionszimmer unter anderem auch an obdach- und wohnungslose Personen „vermietet“. Pensionszimmer in der Form, wie sie in Salzburg seit Jahren in großem Umfang zur Verfügung gestellt werden, seien allerdings keine adäquate Infrastruktur zur Bewältigung der Obdach- und Wohnungslosigkeit, befindet Robert Buggler von der Salzburger Armutskonferenz. Er benennt folgende Gründe hierfür:

- Keine Rechtssicherheit (Vereinbarung statt Mietvertrag)
- Sehr unterschiedliche Qualitätsstandards
- Teilweise unwürdiger Umgang mit BewohnerInnen, Abhängigkeiten
- Teilweise inadäquate Belegung (Pflegebedarf, Frauen, Kinder etc.)
- „Mehr“-Kosten werden aus dem Lebensunterhalt (BMS) verlangt

Dass derartige Pensionszimmer seines Erachtens speziell für Frauen nicht zumutbar sind, illustrierte Buggler anhand eines Fallbeispiels:

„Frau N. berichtet, dass sie in einem sehr kleinen Zimmer wohnen musste, wobei für 40 Zimmer nur drei Bäder zur Verfügung standen, welche oftmals auch noch ungereinigt waren. Die Waschbecken seien aufgrund der intensiven Nutzung oft verstopft. Es wurde in der Nacht immer wieder an ihre Zimmertüre geklopft, der Vermieter würde nichts dagegen unternehmen. Auch während sie geduscht habe, hätten immer wieder Männer an die Türe geklopft und das Licht abgedreht. Die Privatsphäre sei ebenfalls sehr eingeschränkt, so würde der Vermieter (...) die Zimmer betreten, wenn man nicht zu Hause sei.“

Forderungen und Perspektiven

Bugglers Resümee: Obwohl das steigende Problem der Wohnungsnot in den vergangenen ein bis zwei Jahren in Politik und Medien eine konstant hohe Aufmerksamkeit genoss, steige die Wohnungsnot in Salzburg kontinuierlich an, wie u.a. die Ergebnisse der Wohnungslosenhebung gezeigt hätten.

Mit den derzeitigen Prämissen der Wohnungs- und Wohnungslosenpolitik ist Buggler zufolge das steigende Problem nicht zu bewältigen. Es gebe keine ausreichende Verschränkung zwischen Wohn- und Sozialpolitik und Obdach- und Wohnungslosigkeit würden bei wohnpolitischen Vorschlägen oftmals ausgeklammert.

Der Vertreter der Salzburger Armutskonferenz fordert daher die strukturelle Verankerung der Wohnungslosenhebung bzw. der Wohnungslosenforschung, kombiniert mit einer partizipativen Wohnungslosenhilfe-Planung für Stadt und Land Salzburg. Eine stärkere Verschränkung von Wohn- und Sozialpolitik ist seines Erachtens unabdingbar.

Dringend benötigt würde mehr leistbarer Wohnraum und die Lücken in der Wohnnotversorgung, speziell für Frauen, psychisch kranke und ältere Personen mit Pflegebedarf sowie für ArmutsmigrantInnen, müssten geschlossen werden. Weiters gelte es, die öffentlichen Unterstützungsleistungen, insbesondere die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Wohnbeihilfe, an die realen Entwicklungen bei den Wohnkosten anzupassen – all dies im Rahmen einer umfassenden regionalen bzw. lokalen Armutspolitik.

Quelle: Umgedacht! 2. Tag der Wohnungsnot. Unterlagen zur Pressekonferenz von Robert Buggler, Johannes Dines, Gudrun Hagen und Anton Waltl, Salzburg, 25.03.2014

Theodor Körner Förderpreis 2014

Der Theodor Körner Fonds wurde im Jahr 1953 anlässlich des 80. Geburtstages des damaligen Bundespräsidenten Theodor Körner gestiftet. Seitdem werden jährlich herausragende Arbeiten aus Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Damit werden junge WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen gefördert, die bereits jetzt exzellente Arbeit leisten und von denen weitere innovative Arbeiten erwartet werden können.

Der Förderpreis wird für „work in progress“ vergeben, d.h. die eingereichte Arbeit darf noch nicht abgeschlossen sein. Ausschlaggebend ist ihre allgemeine wissenschaftliche bzw. künstlerische Qualität. Der Förderpreis ist projektgebunden. Nicht gefördert werden Diplomarbeiten, Forschungsaufträge, Restfinanzierungen u. dgl.

Bewerbungen werden von 1. Oktober – 30. November nur online entgegengenommen unter: www.theodorkoernerfonds.at

Obdachlosigkeit in der Europäischen Union¹

Eine aktuelle Bestandsaufnahme

1. Einleitung

Das Thema Obdachlosigkeit stellt in der Europäischen Union (EU) eine Herausforderung dar, weil die Zahl der Obdachlosen EU-weit ansteigt. Es müssen Maßnahmen gesetzt werden, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Das ist nicht einfach, weil die einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedliche Problemlagen haben und erst ein Konsens auf europäischer Ebene gefunden werden muss.

Die Unterschiedlichkeit kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass z.B. in Österreich das Wohnbauförderungsgesetz ein Landesgesetz ist. Das heißt, dass es kein einheitliches österreichisches Wohnbauförderungsgesetz gibt, da die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Gesetze, jeweils für den eigenen Geltungsbereich, erlassen haben.

Auch die Wohnsituation und die Qualität der Wohnungen ist von Land zu Land und von Region zu Region unterschiedlich. Was in dem einen Land für normal gehalten wird, ist in anderen Ländern durchaus nicht Standard. Die Mitgliedsstaaten müssen erst im eigenen Bereich für eine einheitliche Herangehensweise sorgen, bevor es zu einer Vereinheitlichung auf EU-Ebene kommen kann. Für eine gemeinsame Strategie auf europäischer Ebene müssen erst entsprechende Daten betreffend Obdachlosigkeit erhoben werden. Allerdings gibt es keine einheitlichen Standards für die Erhebung. In einzelnen Mitgliedsstaaten gibt es überhaupt keine offiziellen Statistiken betreffend Obdachlosigkeit. Wegen der Auswanderung und rückläufiger Bevölkerungszahlen steht in den ärmeren Mitgliedsländern die Wohnungslosigkeit nicht im Vordergrund. Dort ist oft die Wohnqualität das größere Problem. In den reicheren Ländern gibt es eine verstärkte Einwanderung aus diesen ärmeren Ländern. Diese Menschen erwarten sich im „reicheren“ Westen ein besseres Leben, da es in ihren Herkunftsländern oft schwer ist, eine Arbeit und entsprechende Wohnmöglichkeit zu bekommen. Alle diese Schwierigkeiten müssen gelöst werden, damit das Ansteigen der Obdachlosenzahlen eingebremst werden kann. Im Folgenden sollen die Ursachen der Obdachlosigkeit sowie Maßnahmen und Programme zur Bekämpfung besprochen werden.

2. Definition der Obdachlosigkeit

Die offizielle Definition der Europäischen Kommission lautet: „Über Obdachlosigkeit hinaus, kann Wohnungslosigkeit Situationen beinhalten wie Leben in temporären, unsicheren Häusern von schlechter Qualität.“²

Nach der Europäischen Typologie von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung gelten Menschen als obdachlos, die auf der Straße leben, an öffentlichen Plätzen wohnen, ohne eine Unterkunft, die sich in Veschlägen, Parks oder unter Brücken etc. aufhalten.³

2.1. Wohnungslosigkeit

Nach der Europäischen Typologie von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung gelten Menschen als wohnungslos, die in Einrichtungen wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und in denen keine Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen, wie z.B. Übergangswohnheime, Asyle und Herbergen, aber auch Übergangswohnungen. Dazu gehören auch Frauen und Kinder, die wegen häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben, sowie ImigrantInnen und AsylwerberInnen, die in Auffangstellen, Lagern, Heimen oder Herbergen wohnen. Das betrifft aber auch Menschen, die z.B. aus Gefängnissen, Spitälern, Heilanstalten und Jugendheimen entlassen werden oder in Dauereinrichtungen für Wohnungslose leben.⁴

2.2. Ungesichertes Wohnen

Die Europäische Typologie von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung umfasst weiters Menschen, die temporäre Unterkunft bei Freunden, Bekannten oder Verwandten finden, ohne einen Hauptwohnsitz zu haben, oder ohne Rechtstitel (also ein vertragliches Mietverhältnis), und die vom guten Willen anderer Menschen abhängig sind, sowie solche, die durch illegale Land- oder Hausbesetzung zu Wohnraum kommen, sowie jene, die in prekären Wohnverhältnissen leben. Dazu gehören auch Menschen, die von Delogierung bedroht sind bzw. für die ein Räumungsbefehl an die Exekutionsabteilung ergangen ist. Dies gilt auch für Menschen, die in ihren Wohnungen von Gewalt bedroht sind.⁵

2.3. „Ungenügendes“ Wohnen

Nach der Europäischen Typologie von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung wird als „ungenügendes“ Wohnen betrachtet, wenn Menschen in Behausungen leben, die für konventionelles Wohnen nicht gedacht sind, die notdürftig zusammenggebaut oder wie Wohnwägen und Zelte nur

als vorübergehend bewohnbar konzipiert sind. Dazu gehören auch Gebäude, die für Wohnzwecke gesperrt oder ungeeignet sind oder kurz vor dem Abbruch stehen oder das Wohnen in überbelegten Räumen.⁶

3. Typische Gründe für Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist oft verbunden mit Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Dies ist oft bei Migration der Fall. Sie kann aber auch im Alter entstehen, wenn Gesundheitsprobleme auftreten, die einen längeren Aufenthalt in einem Krankenhaus oder einer sonstigen medizinischen Einrichtung nach sich ziehen. Wenn dann der Verlust des Arbeitsplatzes folgt, ist der Weg zur Obdachlosigkeit nicht weit, da es ältere Arbeitnehmer viel schwerer haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Das Zerbrechen einer Beziehung kann ebenfalls zu Obdachlosigkeit führen, vor allem wenn es auch zu Suchtverhalten kommt, unabhängig davon, ob es sich dabei um Alkohol, Drogen oder Medikamente handelt. Auch die Entlassung aus einem Gefängnis oder einer anderen öffentlichen Institution kann zu Obdachlosigkeit führen. Meist sind mehrere Gründe vorhanden, die sich gegenseitig verstärken. Dazu kommt, dass ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen zur Miete und zum Verkauf besteht. Diese Gründe zu beseitigen und Hilfe zu bieten für die Reintegration, stellt eine große Herausforderung für die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU dar.⁷

3.1. Wohnbauförderung und Wohnbeihilfe

Es gibt von staatlicher Seite Unterstützungen, damit es nicht zur Obdachlosigkeit kommt. Unter dem Begriff Wohnbauförderung werden verschiedene Förderungen von staatlicher Seite zusammengefasst. In Österreich gibt es diese Förderungen sowohl auf Bundesebene (z.B. „Sanierungsscheck“) als auch auf Landesebene (z.B. Wohnbeihilfe, Kaufförderung, Errichtungsförderung, Sanierungsförderung).

In den Mitgliedsstaaten der EU gibt es Mietzuschüsse, damit das Wohnen leistbar bleibt und die Familien bzw. einzelne Personen nicht in die Obdachlosigkeit abrutschen. Es gibt soziale Wohnungen, die von der öffentlichen Verwaltung oder sozialen Wohnbaugenossenschaften bzw. sozialen Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Voraussetzungen können von Gemeinde zu Gemeinde bzw. von Einrichtung zu Einrichtung differieren. Es gibt aber auch Unterstützungen für die Renovierung von Häusern und Wohnungen, damit diese bewohnbar bleiben.

3.2. Sozialschutz

Die Mitgliedsstaaten der EU verwendeten 2011 29,1 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes für den sozialen Schutz. Die höchsten prozentuellen Ausgaben waren in Dänemark mit 34,4 Prozent, in Frankreich mit 33,6 und in den Niederlanden mit 32,3 Prozent zu verzeichnen. Die niedrigsten Raten gab es in Bulgarien mit 17,7 Prozent, in Rumänien mit 16,3 Prozent, in Estland mit 16,1 und in Litauen mit 15,1 Prozent.

Diese Disparitäten spiegeln Unterschiede in den Lebensstandards wider, sind aber auch ein Indikator für die Unterschiedlichkeit der nationalen Systeme, den Sozialschutz betreffend, und für die wirtschaftlichen, sozialen, institutionellen und spezifischen Strukturen der einzelnen Mitgliedsländer.⁸

Die 28 EU-Mitgliedsstaaten haben 2012 im Durchschnitt für Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit 0,8 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts ausgegeben, wie einer Statistik von Eurostat zu entnehmen ist (siehe Tabelle).

4. Herausforderungen für die EU

Die Obdachlosigkeit ist in den meisten Teilen Europas gestiegen und scheint durch die Krise noch verstärkt zu werden. Das Profil der Obdachlosen hat sich verändert und umfasst heute mehr junge Menschen und Kinder, Migranten, Roma und andere benachteiligte Minderheiten. Es besteht ein Mangel an umfassenden Daten, die für das Monitoring der Obdachlosigkeit in der EU benötigt werden.

Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit ist mit hohen Kosten verbunden.⁹ Es müssen Richtlinien erarbeitet und Programme konzipiert werden, wie Obdachlosen geholfen werden kann. Daten müssen erhoben werden, um gezielt an einer Verbesserung der derzeitigen Situation zu arbeiten. Wohnmöglichkeiten müssen geschaffen und Zuschüsse zu den Mieten müssen durchgeführt werden, um ein Abrutschen in die Obdachlosigkeit zu vermeiden. Es müssen Analysen erstellt, Maßnahmen koordiniert und Daten ausgewertet werden. Die damit verbundenen Kosten müssen von der EU, den Mitgliedsstaaten, den Ländern und Gemeinden sowie den einzelnen Organisationen aufgebracht werden.

4.1. Politische Verantwortung und Kompetenz

Die politische Hauptverantwortung und finanzielle Kompetenz liegt bei den einzelnen Mitgliedsstaaten, im Besonderen bei den regionalen und lokalen Autoritäten. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den 28 Mitgliedsstaaten der EU. Diese Unterschiede gibt es

Staatliche Ausgaben in Prozent des BIP 2012

	General public services	Defence	Public order and safety	Economic affairs	Environmental protection	Housing and community amenities	Health	Recreation, culture and religion	Education	Social protection
EU-27	6,7	1,5	1,9	4,1	0,8	0,8	7,3	1,1	5,3	18,9
EU-28	6,7	1,5	1,9	4,1	0,8	0,8	7,3	1,1	5,3	19,9
EA-17	6,8	1,3	1,8	4,3	0,8	0,8	7,4	1,1	5,0	20,5
EA-18	6,8	1,3	1,8	4,3	0,8	0,8	7,4	1,1	5,0	20,5
BE	8,1	1,0	1,9	7,0	0,7	0,4	6,1	1,3	6,3	20,3
BG (p)	3,7	1,1	2,4	5,2	0,7	1,0	4,6	0,6	3,5	12,9
CZ	5,0	0,9	1,8	5,6	1,4	0,7	7,8	2,7	4,8	13,8
DK	9,0	1,5	1,1	3,7	0,4	0,4	6,6	1,7	7,9	25,2
DE	6,1	1,1	1,6	3,4	0,6	0,5	7,0	0,8	4,3	19,4
EE	3,6	1,9	2,1	4,5	0,9	0,7	5,1	1,7	6,4	12,6
IE	5,8	0,4	1,7	3,6	0,8	0,8	7,1	0,8	5,2	16,4
EL (p)	13,8	2,4	1,8	3,2	0,6	0,2	5,8	0,6	4,1	21,1
ES (2011)	6,1	1,0	2,1	7,7	0,8	0,4	6,2	1,3	4,5	17,7
FR	5,9	1,9	1,8	3,7	1,1	1,9	8,3	1,4	6,1	24,4
HR	7,1	1,5	2,6	5,3	0,4	0,4	9,2	1,2	5,0	13,1
IT	9,1	1,4	1,9	3,4	0,9	0,7	7,3	0,7	4,2	21,0
CY	12,4	1,9	2,2	3,1	0,3	2,3	3,3	1,1	6,7	12,4
LV	4,5	0,9	1,8	5,3	0,7	1,2	3,9	1,5	5,5	11,2
LT	4,3	1,0	1,8	3,3	0,9	0,2	5,9	0,8	5,6	12,1
LU	4,9	0,4	1,1	4,4	1,3	0,8	5,1	1,8	5,4	19,2
HU (p)	9,0	0,8	2,0	6,2	0,7	0,9	5,3	1,9	4,8	17,1
MT	6,7	0,7	1,5	5,2	1,5	0,4	5,8	0,9	5,9	14,7
NL	5,4	1,3	2,1	5,3	1,7	0,6	8,9	1,7	5,8	17,6
AT	6,7	0,7	1,5	5,8	0,5	0,6	7,9	1,0	5,6	21,4
PL	5,9	1,2	1,7	4,7	0,6	0,8	4,6	1,2	5,5	16,1
PT	9,1	1,1	1,8	2,8	0,5	0,6	6,1	1,0	5,7	18,8
RO	4,9	0,7	2,2	6,2	0,8	1,1	3,1	1,0	3,0	13,6
SI	5,8	1,1	1,8	3,9	0,7	0,6	7,0	1,8	6,4	18,9
SK	6,0	1,0	2,4	3,5	0,9	0,8	6,2	1,0	3,8	12,1
FI	7,4	1,6	1,5	4,9	0,3	0,5	8,2	1,3	6,3	24,8
SE (p)	7,2	1,4	1,4	4,4	0,3	0,7	7,1	1,1	6,8	21,4
UK	5,7	2,3	2,4	2,8	0,9	0,8	7,9	1,0	6,0	17,9
IS (p)	9,1	0,0	1,5	4,9	0,6	1,1	7,7	3,3	6,0	11,2
NO	4,0	1,4	1,0	4,2	0,7	0,7	7,3	1,2	5,5	17,4
CH	3,1	1,0	1,8	4,6	0,7	0,2	2,2	0,9	6,1	13,4

Quelle: Eurostat, Total general government expenditure by function, 2012, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/File:Total_general_government_expenditure_by_function,_2012_28%25_of_GDP%29png, Internetabfrage am 30.5.2014

aber auch zwischen den regionalen und lokalen Gebietseinheiten der einzelnen Mitgliedsstaaten. Viele Kommunen haben wirtschaftliche Probleme und sind überschuldet. Es existieren auch Probleme mit versteckter Obdachlosigkeit, da es Menschen gibt, die zu stolz sind,

um Hilfe anzunehmen, oder die keine offiziellen Papiere haben und deshalb keine Hilfe und Unterstützung erhalten können. Probleme gibt es auch mit Statistiken, die nicht nach einheitlichen Kriterien geführt werden.

Das EU-Sozialinvestitionspaket fordert, Langfristigkeit, Sicherheit der Häuser und Wohnungen und eine Integration der Obdachlosen zu gewährleisten, und zwar auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, sowie die Einführung wirksamer Maßnahmen, um Zwangsräumungen zu verhindern. Effektive Strategien zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit zu entwickeln, ist eine weitere Forderung, ebenso wie Lösungen zu finden für die bestehenden Probleme der Datenerhebung.¹⁰

4.2. Effektive Strategien zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Effektive Strategien zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit sind Prävention und Frühintervention, Qualitätsverbesserung der Leistungen bei Obdachlosigkeit, sowie eine systematische Datenerfassung, Überwachung und Verwendung gemeinsamer Definitionen (ETHOS Typologie).¹¹ Die EU kann die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten koordinieren sowie eine Unterstützung der Finanzierung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Fonds für Hilfe an Bedürftige (FEAD) anbieten.¹²

5. Aktuelle Daten zur Obdachlosigkeit in Europa

- **Dänemark:** Zwischen 2009 und 2013 ist die Obdachlosenrate um 16 Prozent angestiegen, von 4.998 auf 5.820 Personen.
- **Finnland:** 2012 waren um 49,2 Prozent mehr Menschen obdachlos als 2008.
- **Frankreich:** Geschätzte 1 Million Menschen sind obdachlos. 2012 waren in den Städten Frankreichs 141.500 Menschen obdachlos.
- **Griechenland:** Zwischen 2009 und 2011 stieg die Obdachlosigkeit um 25 Prozent. 2011 waren 20.000 Personen als obdachlos gemeldet.
- **Holland:** 17.500 Personen gelten als obdachlos.
- **Österreich:** Die Obdachlosigkeit ist zwischen 2008 und 2010 um 8 Prozent angestiegen. 12.266 Personen waren 2010 als obdachlos erfasst.
- **Polen:** 41.524 Personen gelten als obdachlos.
- **Rumänien:** 2.429 Personen waren 2012 obdachlos.
- **Spanien:** 2012 waren 22.930 Personen obdachlos. Das ist ein Anstieg um 4,8 Prozent seit 2005.
- **Zypern:** 0,4 Prozent der Bevölkerung gelten als obdachlos.¹³

In den neuen Mitgliedsstaaten im Osten Europas besteht generell eine deutlich mindere Wohnqualität und die Häuser haben nicht die gleichen Standards

wie in den Mitgliedsstaaten im Westen der EU. In kalten, schweren Wintern erfrieren oft Menschen in den Oststaaten.

Obdachlosenstrategien folgen oft dem Prinzip, Menschen zu einer qualitativen, erschwinglichen Wohnmöglichkeit zu verhelfen.

Migranten sind von Arbeitslosigkeit mehr gefährdet als die übrige Bevölkerung, denn 19,6 Prozent der Drittstaatenangehörigen in der EU sind arbeitslos. Längere Arbeitslosigkeit kann zu Obdachlosigkeit führen.¹⁴

Die großen Unterschiede zwischen den 28 EU-Mitgliedsstaaten führen zu einer vermehrten Einwanderung von armen Leuten in die reicheren Länder der EU. Dies verstärkt das Problem der Obdachlosigkeit.¹⁵

Die Obdachlosenrate in den Städten ist höher als in den ländlichen Regionen. Deshalb gibt es in den Städten auch mehr Einrichtungen, die sich um die Belange der Obdachlosen kümmern und Hilfe anbieten.

6. Die Rolle der Sozialpartner

„Sozialpartner“ ist ein Begriff in Europa, der im Allgemeinen verwendet wird, um die zentralen Interessensverbände im Wirtschaftsleben (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) zu benennen. Die Sozialpartner können die Regierungen im Kampf gegen die Obdachlosigkeit unterstützen, indem sie sich für bessere Arbeitsbedingungen, für Maßnahmen gegen Diskriminierung und für Gender-Gleichheit einsetzen. Sie können dafür sorgen, dass es sozialen Schutz für alle gibt, dass Arbeitslose bei ihrer Suche nach einer neuen Anstellung unterstützt werden und dass Dumpinglöhne bekämpft werden. Die Sozialpartner können eine Menge erreichen und dafür sorgen, dass die Zahl der Obdachlosen nicht größer wird, dass jeder Hilfe und Unterstützung bekommt, der diese nötig hat, und es dadurch nicht zur Obdachlosigkeit kommt.

7. Die Rolle von NGOs und Non-Profit-Organisationen

Was können NGOs und Non-Profit-Organisationen tun, um die Situation der Obdachlosen zu verbessern? Manchen Menschen fällt es leichter, sich an eine dieser Organisationen zu wenden statt an öffentliche Einrichtungen. Bei manchen ist es falscher Stolz, bei anderen wiederum der Mangel an offiziellen Papieren, der sie daran hindert, offizielle Stellen aufzusuchen und dort um Hilfe und Unterstützung zu bitten. So gesehen ist es gut, dass es Non-Profit-Organisationen gibt, die Unterstützung anbieten können.

7.1. BAWO

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) ist eine Dachorganisation für Obdachlose in Österreich. Die ersten Stellen wurden 1998 in Salzburg und Wien gegründet. Einige dieser Serviceanbieter sind Teil der Katholischen Kirche bzw. der Caritas und können Gelder der Kirche nützen (von Legaten und Spenden an die Caritas). Einige der Anbieter sind Non-Profit-Organisationen, die vollständig von finanziellen Unterstützungen durch lokale Gebietskörperschaften abhängen.¹⁶

7.2. FEANTSA

FEANTSA (European Federation of National Organisations Working with the Homeless) ist ein europäischer Verband der nationalen Organisationen betreffend Obdachlosigkeit und wurde 1989 als eine europäische Non-Profit-Organisation gegründet, um soziale Ausgrenzung und Armut der Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht bzw. davon schon betroffen sind, zu verhindern und zu lindern.¹⁷

8. Welche Maßnahmen können ergriffen werden?

Um Obdachlosigkeit zu bekämpfen, ist es einem Arbeitspapier der Kommission¹⁸ zufolge wichtig, Arbeitslose zu schulen und sie auf diesem Weg wieder auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Ein Arbeitsplatz ist ein wichtiger Schritt, um Obdachlosigkeit zu verhindern.

Auf lokaler Ebene sollten Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt angeboten werden. Fähigkeiten sollten trainiert und lebenslanges Lernen propagiert werden, da sich die Anforderungen an die Arbeitnehmer durch den ständigen technischen Fortschritt laufend verändern.

Eine leistbare Kinderbetreuung und öffentliche Verkehrsmittel sollten vorhanden sein. Vor allem Mütter mit Kindern haben es schwer, eine gutbezahlte Arbeit zu finden, die sich mit der Kinderbetreuung vereinbaren lässt.

Es sollten systematisch die nötigen Daten gesammelt werden, um ein Ansteigen der Obdachlosenzahlen rechtzeitig erkennen und gegensteuern zu können.

Auf EU-Ebene sollte dafür gesorgt werden, dass Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten eingeführt werden, damit das Leben für alle leistbar ist, die eine Arbeit haben. Allerdings würden höhere Mindestlöhne in den ärmeren EU-Ländern eventuell mehr Beschäftigte in den informellen Arbeitsmarkt abdrängen, wo sie nicht von der Sozialversicherung erfasst

wären. Das könnte zu verstärkter Armutsgefährdung führen.

Die EU sollte die Mitgliedsstaaten in den Bemühungen unterstützen, ausreichend sichere Wohnungen, Unterbringungsmöglichkeiten bzw. Notschlafstellen für Obdachlose anzubieten und zwar in allen Regionen.¹⁹

Meiner Meinung nach wäre es auch nötig, zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit mehr gut geschultes Personal einzusetzen und – trotz des oben erwähnten Einwands – dafür zu sorgen, dass jeder, der arbeitet, ein ausreichendes Mindesteinkommen erhält, um seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Es gibt immer mehr sogenannte „Working Poor“. Das sind Menschen, die an zwei oder drei Arbeitsstellen parallel beschäftigt sind und trotzdem kaum das Nötigste haben, um sich und ihre Familien zu ernähren. Diesen Menschen zu helfen, sie zu schulen und ihnen eine besser bezahlte Arbeit zu verschaffen, wäre meines Erachtens ein guter Weg, um präventiv gegen Obdachlosigkeit vorzugehen.

Annemarie Müllechner

Anmerkungen

- 1 Der Artikel basiert auf einer Seminararbeit, die im Rahmen der Lehrveranstaltung „Political and Economic Development in Europe“ (Leitung: Dr. Walter Wolf) im Sommersemester 2014 an der JKU Linz verfasst wurde.
- 2 Europäische Kommission, Beschäftigung, Soziales und Integration, Obdachlosigkeit, Internetabfrage am 24.5.2014 <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1061&langId=en>
- 3 BAWO, ETHOS – European Typology on Homelessness and Housing Exclusion, Wohnungslosigkeit, Definitionen, 2005, Internetabfrage am 24.5.2014, <http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html>
- 4 Ebenda
- 5 BAWO, ETHOS – European Typology on Homelessness and Housing Exclusion, Wohnungslosigkeit, Definitionen, 2005, Internetabfrage am 24.5.2014, <http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html>
- 6 Ebenda
- 7 Europäische Kommission, Beschäftigung, Soziales und Integration, Obdachlosigkeit, Internetabfrage am 24.5.2014 <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1061&langId=en>
- 8 Eurostat, die offizielle Statistik der EU, News release, 174/2013, Internetabfrage am 17.3.2014, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-02-13-237/EN/KS-02-13-237-EN.PDF
- 9 Europäische Kommission, Beschäftigung, Soziales

- und Integration, Obdachlosigkeit, Internetabfrage am 24.5.2014 <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1061&langId=en>
- 10 Ebenda
- 11 ETHOS – European Typology on Homelessness and Housing Exclusion, veröffentlicht 2005; vgl. ebenda
- 12 Europäische Kommission, Beschäftigung, Soziales und Integration, Obdachlosigkeit, Internetabfrage am 24.5.2014 <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1061&langId=en>
- 13 Social Europe, Many ways, one objective; Annual report of the Social Protection Committee on the social situation in the European Union, 2013, S. 60f
- 14 Social Europe, Many ways, one objective; Annual report of the Social Protection Committee on the social situation in the European Union, 2013, S. 11
- 15 Social Europe, Many ways, one objective; Annual report of the Social Protection Committee on the social situation in the European Union, 2013, S. 72
- 16 BAWO, Definition, Internetabfrage am 17.3.2014, <http://www.bawo.at>
- 17 FEANTSA, Definition, Internetabfrage am 7.3.2014, <http://www.feantsa.org/spip?article120&lang=en>
- 18 Social Investment Package; Commission Staff Working Document; Confronting Homelessness in the European Union, Brussels, 2013, Seite 18ff
- 19 Ebenda
- Literatur**
- BAWO; ETHOS – European Typology on Homelessness and Housing Exclusion; Wohnungslosigkeit, Definitionen, 2005, Internetabfrage am 24.5.2014, <http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html>
- BAWO; Definition, Internetabfrage am 17.3.2014, <http://www.bawo.at>
- Europäische Kommission; Beschäftigung, Soziales und Integration; Obdachlosigkeit, Internetabfrage am 24.5.2014, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1061&langId=en>
- Eurostat, die offizielle Statistik der EU; News release, 174/2013, Internetabfrage am 17.3.2014, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-02-13-237/EN/KS-02-13-237-EN.
- Eurostat, Total general government expenditure by function, 2012, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/File:Total_general_government_expenditure_by_function,_2012_28%25_of_GDP%29.png, Internetabfrage am 30.5.2014
- FEANTSA; Definition, Internetabfrage am 7.3.2014, <http://www.feantsa.org/spip?article120&lang=en>
- Social Europe; Many ways, one objective; Annual report of the Social Protection Committee on the social situation in the European Union, 2013, S. 11, S.60ff, S. 70ff
- Social Investment Package; Commission Staff Working Document; Confronting Homelessness in the European Union, Brussels, 2013, Seite 18ff

Wissenschaftspreis des Sozialministeriums

Der „Wissenschaftspreis des Sozialministeriums für JungakademikerInnen“ wird 2015 das erste Mal verliehen. Zentrales Anliegen des Preises ist die Förderung der (Nachwuchs-)Forschung im Bereich der angewandten Gesellschaftswissenschaften. Zudem sollte der Preis für verstärktes Interesse an sozialpolitischen Themen im akademischen Bereich sorgen.

Bewerben können sich Personen, die sich in ihren abgeschlossenen Master-, Diplomarbeiten und Dissertationen aus den Jahren 2012 bis Ende Januar 2015 mit den Themen Gerechtigkeit und Wirksamkeit des Sozialstaates sowie Lebens- und Teilhabechancen auseinandersetzen.

Die Einreichungen müssen bis spätestens 31.01.2015 per E-mail an wissenschaftspreis@sozialministerium.at einlangen und werden vertraulich behandelt. Der Wissenschaftspreis ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert (1. Preis 5.000 Euro,

2. Preis 3.000 Euro, 3. Preis 1.000 Euro).

Eine unabhängige Jury, die sich aus ExpertInnen auf dem Gebiet der Sozialpolitik und Gesellschaftswissenschaften zusammensetzt, wird die PreisträgerInnen ermitteln.

Die PreisträgerInnen werden im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung durch den Sozialminister und VertreterInnen der Jury ausgezeichnet. Ihre Arbeiten werden auf der Homepage des Sozialministeriums präsentiert und können in einer Publikation des Sozialministeriums veröffentlicht werden.

Information und Kontakt:

BMASK, Abteilung für Sozialpolitische Grundlagen und Forschung (V/B/4)

Dr.in Petra Burgsteiner-Schröder

Mag. Klaus Winkelmeier

Stubenring 1, 1010 Wien

Tel. 01 711 00 4264

wissenschaftspreis@sozialministerium.at

Armutsorientierte Sozialpolitik in der EU – aber nur langsam¹

Ende Mai wurden europaweit zum achten Mal die Wahlen zum Europäischen Parlament durchgeführt. Zwei österreichische Parteien warben im Vorfeld besonders für ein sozialeres Europa: die Sozialdemokraten für europaweite soziale Mindeststandards und „wirksame europäische Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping“ (SPÖ 2014) und die Grünen „für soziale Verantwortung und europaweite Solidarität“ (Die Grünen 2014). Im Hinblick auf die 50-jährige Diskussion über gemeinsame Mindeststandards allein in Österreich erscheint das Ziel, diese europaweit umzusetzen, vorerst etwas zu ambitioniert. Aus diesem Grunde soll hier nicht die Einführung von europaweiten sozialen Mindeststandards diskutiert werden, sondern eine weniger wirtschafts- und mehr armutsorientierte Sozialpolitik in der EU.

Handlungsbedarf – ja oder nein?

Definiert wird Armut in der EU anhand der drei offiziellen Indikatoren Einkommensungleichheit, niedriger Lebensstandard und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt (Details siehe Infobox, S. 24). Demnach war 2012 beinahe jede/r Vierte (120 Mio. Menschen) von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Speziell in den Balkan- und baltischen Ländern besteht ein erhöhtes Armutsrisiko – in Bulgarien lebten 2012 fast 50 Prozent der Bevölkerung von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht, in Rumänien 42 Prozent und in Lettland 36 Prozent. Insgesamt 9,3 Mio. Menschen lebten 2012 EU-weit in einem Haushalt, der zugleich von allen drei genannten Armutsrisiken betroffen war. (siehe Grafik S. 25).² (vgl. Eurostat 2014a) Von Armut sind insbesondere alleinerziehende Frauen und ihre Kinder, ältere Menschen, Kranke, Menschen mit sehr geringem Bildungsgrad und geringer Arbeitsintensität und manche Gruppen von Zuwanderern betroffen.

Um aus den von Eurostat erhobenen Armutsdaten die richtigen Schlüsse zu ziehen, sind einige Einschränkungen bei den Indikatoren zu berücksichtigen.

1 Dieser Artikel diskutiert aktuelle Zahlen und Maßnahmen rund um die europäische Sozialpolitik. Er entstand im Rahmen der Lehrveranstaltung „Political and Economic Development in Europe“, geleitet von Dr. Walter Wolf.

2 2015 wird es voraussichtlich neue Indikatoren geben, da diese für die reicheren EU-Länder nicht mehr aussagekräftig sind.

gen. Zum einen bezieht sich der Indikator Einkommensungleichheit nur auf die Einkommensarmut in dem jeweils gemessenen Jahr und lässt somit keine Unterscheidung zwischen kurzzeitigen Einkommenseinbußen und dauerhaft niedrigem Einkommen zu (vgl. EK 2010). Der Indikator für dauerhafte Armutsgefährdung („persistent income poverty“) würde auch die zeitliche Dimension der Armut berücksichtigen, jedoch stehen nicht genügend Daten zur Verfügung, damit diese Maßzahl als Hauptindikator gelten kann. Zum anderen ist nach der aktuellen Definition des Indikators „Niedriger Lebensstandard“ in den Ländern mit einem hohen Bruttoinlandsprodukt (BIP) kaum jemand davon betroffen (Schweden 1,3%, Niederlande 2,3%, Österreich 4%, im Gegensatz dazu: Bulgarien 44,1%) (vgl. Eurostat 2014c). Die Untergruppe „Indikatoren“ des Ausschusses für Sozialschutz der Europäischen Kommission zieht daher eine Anpassung des Indikators für materielle Deprivation an die Verhältnisse in den reicheren Mitgliedstaaten im Jahr 2015 in Erwägung.

Betrachtet man die Entwicklung der Armut in der EU seit 2007, also vor dem Beginn der Wirtschaftskrise, bis 2012, kann trotz zwischenzeitlicher Armutsreduktion mittlerweile wieder ein Anstieg von Menschen, die von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, beobachtet werden (vgl. ebd.). Weiters wurden allein zwischen 2010 und 2012 weitere 6 Mio. Menschen als arm und/oder sozial ausgegrenzt definiert (vgl. Eurostat 2014d). Dies ist einerseits auf die Einbußen im Wirtschaftssektor zurückzuführen, welche zu einer erhöhten Arbeitslosenquote geführt haben, andererseits aber auch auf ineffektive Sozialsysteme, welchen es nicht gelungen ist, mit ihren Transferleistungen den Anstieg der Armut zu verhindern.

Sozialausgaben – effektiv eingesetzt?

Weltweit leisten sich die EU-Mitgliedstaaten 40 Prozent der global ausgegebenen Sozialausgaben, bei einem weltweiten BIP-Anteil von nur 24 Prozent. Mit der Höhe ihrer Gesundheitsausgaben liegen die europäischen Länder im Durchschnitt aller OECD-Ländern³, für Pensionen, Familienbeihilfen, Arbeitslosenzahlungen und soziale Mindeststandards zahlen sie jedoch überdurchschnittlich viel. (vgl. EK 2013, S. 7)

Nichtsdestotrotz gibt es in der EU über 120 Mio. Menschen, die von mindestens einem Armutsrisiko betroffen sind, davon über ein Drittel, welches gleich-

3 Sieben EU-Mitgliedsländer sind derzeit nicht Teil der OECD: Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, Kroatien und Zypern.

Armutsindikatoren der EU

Einkommensungleichheit: Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 Prozent des nationalen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt.

Niedriger Lebensstandard: Personen, deren Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt sind und die nicht in der Lage sind, für mindestens sechs der folgenden neun Ausgaben aufzukommen: i) Miete und Versorgungsleistungen, ii) angemessene Beheizung der Wohnung, iii) unerwartete Ausgaben, iv) jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr, v) einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort, vi) ein Auto, vii) eine Waschmaschine, viii) einen Farbfernseher oder ix) ein Telefon.

Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt: Personen im Alter von 0–59 Jahren, die in Haushalten leben, in denen die Erwachsenen (18–59 Jahre) im vorhergehenden Jahr insgesamt weniger als 20 Prozent gearbeitet haben.

Quellen: SPC 2014, Eurostat 2014b

zeitig von mehr als zwei Risiken betroffen ist. Trotz der teuren Sozialsysteme gelingt es hier offensichtlich nicht, eine ausreichende Umverteilung vorzunehmen.

Einzelne Staaten in der EU schaffen es jedoch trotz eines geringen Anteils am BIP, welchen sie für Sozialausgaben⁴ aufwenden, eine relativ hohe Armutsreduktion⁵ zu erzielen. Einige andere Staaten scheinen wiederum weniger effiziente Sozialsysteme zu haben, da diese trotz hoher Sozialausgaben nicht im Stande sind, die Armut in ihrem Land effizient zu reduzieren.

4 Zu den Sozialtransfers zählen Zahlungen für Pensionen und Überlebende, Krankheit, Gesundheitsversorgung, und Behinderung, Familienbeihilfen, Zahlungen an arbeitslose Personen, für Wohnungsbeschaffung und gegen soziale Ausgrenzung.

5 Der Armutsbegriff bezieht sich hier auf den Indikator Einkommensarmut (monetärer Indikator) und ignoriert andere (z.B. psychosoziale) Faktoren.

Eine hohe Armutsreduktion durch Sozialtransfers bei relativ geringen Kosten erzielen die Tschechische Republik mit 45,6 Prozent Reduktion der Armut und 20,4 Prozent BIP-Anteil der Sozialausgaben, Ungarn mit einer Armutsreduktion von 52,2 Prozent bei einem Sozialausgabenanteil des BIP von 23 Prozent und Luxemburg mit einer Armutsreduktion von 50 Prozent bei einem Sozialausgabenanteil am BIP von 22,5 Prozent.

Die Länder mit hohen Sozialausgaben, aber wenig Armutsreduktion sind vor allem die südeuropäischen Länder Griechenland, mit einer Reduktion von nur 13,7 Prozent bei einem BIP-Anteil der Sozialausgaben von 30,2 Prozent, Italien mit einer Reduktion von 19,7 Prozent bei einem BIP-Anteil von 29,7 Prozent und Spanien mit einer Reduktion von 26 Prozent bei einem BIP-Anteil der Sozialausgaben von 26,1 Prozent. (vgl. Eurostat 2013a, ebd. 2013b)

Gemäß dieser groben Analyse scheint vor allem für die Sozialsysteme von Ländern, in denen die Sozialtransfers keine große Armutsreduktion erzielen können, Reformbedarf zu bestehen.

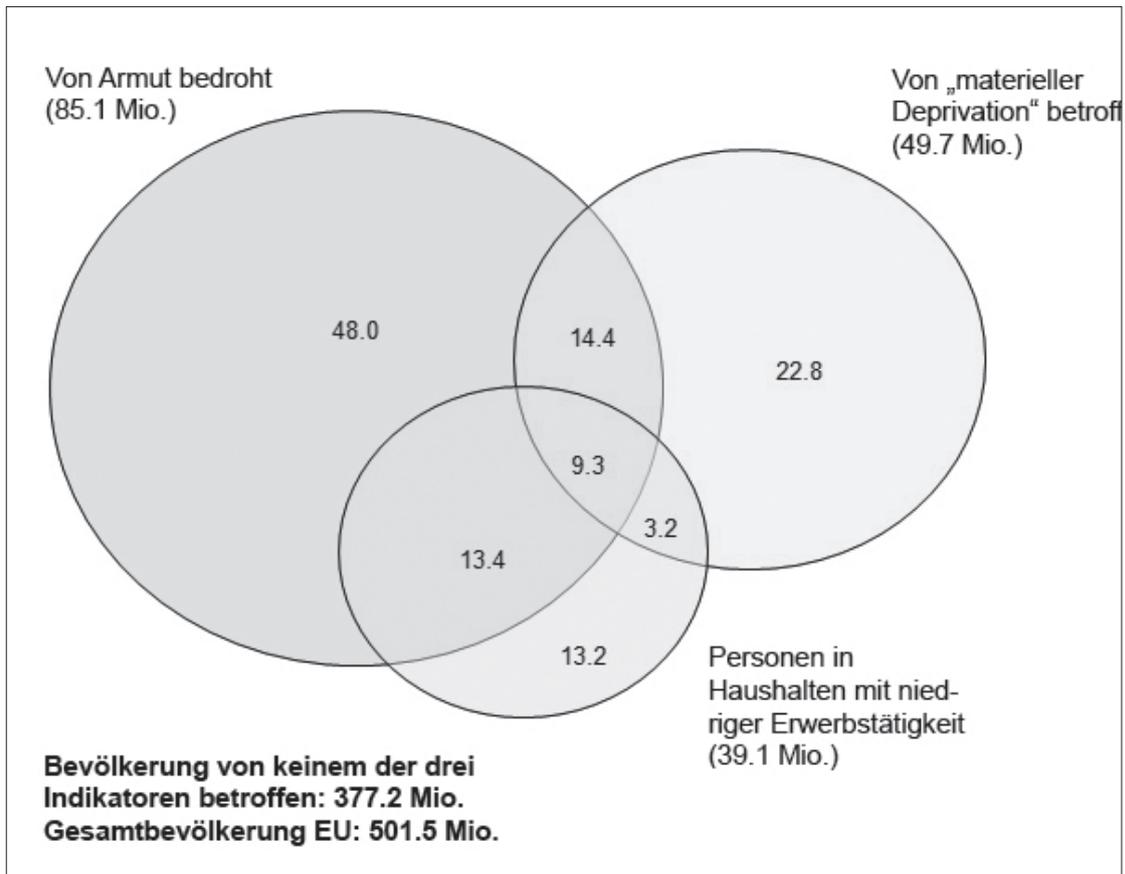
EU-Ziele zur Armutsreduktion – realistisch?

Die Armut in der EU zu reduzieren, ist eines von fünf Hauptzielen der EU2020-Strategie. Bis zum Jahr 2020 sollen EU-weit 20 Millionen Menschen aus der Armut und/oder sozialen Ausgrenzung gebracht werden – dies ist gerade einmal ein Sechstel der Betroffenen (vgl. EK 2014a). Welcher Teil der Armutsbetroffenen in den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten von den bis 2020 gesetzten Maßnahmen profitiert, ist den Ländern selbst überlassen. Deutschland beispielsweise hat sich als Ziel gesetzt, 330.000 langzeitarbeitslose Menschen bis 2020 in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch Großbritannien, Dänemark, Estland, Frankreich und Schweden haben ihre offizielle Kontribution zu dem EU-weiten Ziel zur Armutsreduktion auf spezielle Zielgruppen beschränkt. Ein Grund dafür, dass nicht mehr Arme aus ihrer Lage gebracht werden können, scheint also zu sein, dass nicht mehr nationale Maßnahmen politisch wirksam umgesetzt werden können. (vgl. EK 2014b)

Die Verbindung der individuellen Zielsetzungen mit den jeweiligen politischen Zielen der EU-Mitgliedstaaten könnte erklären, warum einige Länder 2012, nach zwei statt nach 10 Jahren, ihre Ziele in den meisten Regionen ihres Landes bereits erreicht haben. Zu diesen Ländern zählen Österreich, Rumänien, Italien, die Niederlande, Belgien, die Tschechische Republik und Polen (vgl. EK 2014c).⁶ Der Grund für dieses

6 In allen diesen Ländern gibt es Regionen, welche ihre

Anzahl in der EU von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung betroffener Personen in Mio.



Quelle: Eurostat 2014a, vom Autor übersetzt

frühzeitige Erfüllen der selbstgewählten Zielsetzung könnte sein, dass diese Länder bzw. Regionen ihre Maßnahmen entweder besonders engagiert umgesetzt oder aber ihre Ziele wenig ambitioniert gewählt haben.

Obwohl auch die EU-weit angestrebte Armutsreduktion – um ein Sechstel innerhalb eines Jahrzehnts – nicht sehr ambitioniert erscheint, erweist sie sich als äußerst schwierig umsetzbar, da die Armut trotz speziellem Fokus weiterhin steigt (vgl. Eurostat 2014d). Da bringt es insgesamt auch nichts, wenn einige Regionen ihre Ziele vorzeitig erfüllen, denn offensichtlich entfernen sich andere von ihren Zielsetzungen und erreichen mit den gesetzten Maßnahmen nicht die Menschen, die Hilfe am notwendigsten hätten – das unterste Bevölkerungsviertel.

Ziele noch nicht erreicht haben. Außer in Italien scheinen diese Regionen den Gesamtstatus des jeweiligen Landes aber nur gering zu reduzieren.

Konkrete Maßnahmen gegen Armut – wo liegt der Fokus?

Grundsätzlich liegen Sozialleistungen im Aufgabenbereich der EU-Mitgliedstaaten. Die EU hat sich jedoch als Ziel gesetzt, soziale Ungleichheiten zwischen den Ländern langfristig abzuschwächen, um so die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu erhöhen. Diskussionen über gemeinsame soziale Mindeststandards zwischen den EU-Mitgliedsländern finden derzeit jedoch nur im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode (OMK Soziales) für Sozialschutz und soziale Eingliederung statt (vgl. EK 2014f). Die Ergebnisse sind freiwillige Vereinbarungen, welche keine rechtliche Verbindlichkeit besitzen.

Als Beispiel für die Erfolge, welche im Rahmen der OMK Soziales erzielt wurden, kann die Clusterbildung von Ländern mit ähnlichen Herausforderungen hinsichtlich Kinderarmut genannt werden. In diesen homogeneren Gruppen ist es EU-Mitgliedstaaten besser möglich, gemeinsam geeignete Maßnahmen gegen

die Ausweitung bzw. Reduktion der Kinderarmut zu finden. Ländergruppen mit besseren Leistungen in einem bestimmten Bereich dienen als Best Practice-Beispiele. Was schließlich umgesetzt wird, entscheiden schlussendlich aber die nationalen Regierungen und Sozialpartner. (vgl. Paraskevas 2008, S. 10ff)

Neben diesen „soft policies“ gibt die EU auch an, „soziale Investitionen“ zu tätigen, welche sich jedoch nur bedingt auf den Schutz der Armen zu beziehen und ihren Fokus eher auf Arbeitsmarktinitiativen (Schaffung von Arbeitsplätzen, Fortbildungsangebote) zu legen scheinen. Da es in unserer modernen Wirtschaftslandschaft nicht allen möglich ist, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen bzw. ausschließlich von ihrem Einkommen zu leben, sind Arbeitsmarktinitiativen als Mittel gegen Armut m.E. nicht ausreichend, um diese nachhaltig zu reduzieren. Vor allem Kinder leiden unter den Bedingungen von einkommensarmen Haushalten.

Auch die seit 1987 laufende EU-Maßnahme gegen extreme Armut, welche kostenlose Nahrungsmittel über soziale Organisationen an Bedürftige verteilt, scheint keine wirkliche Alternative zur Eindämmung der EU-weiten Armut zu sein (vgl. EK 2014e). Was könnte man also noch tun, um Europa sozialer zu machen?

Conclusio

Im Rahmen des Wahlkampfes im Vorfeld zur europäischen Parlamentswahl wurde ein sozialeres Europa durch mehr Solidarität, Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping und europaweite soziale Mindeststandards angestrebt. Dass ein Viertel aller EU-Bürger von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung betroffen ist, zeigt auch ganz klar, dass Handlungsbedarf besteht – zumal die Zahl der Betroffenen zwischen 2010 und 2012 um über 6 Millionen weiter gestiegen ist. Auch scheint in einigen Sozialsystemen Sanierungsbedarf zu herrschen, da diese trotz hoher Kosten die steigende Armut zwar etwas abzdämpfen vermögen, aber offensichtlich nicht effektiv genug funktionieren, um Armut wirklich einzudämmen. Das Ziel, bis 2020 20 Millionen Menschen aus der Armut zu bringen, rückt daher in immer weitere Ferne.

Da Sozialleistungen in den Aufgabenbereich der EU-Mitgliedstaaten fallen, beschränken sich die sozialen Maßnahmen auf EU-Level derzeit nur auf freiwillige Diskussionsrunden im Rahmen der OMK Soziales und auf vereinzelte soziale Investitionen. Kurzfristig kann sich also nur etwas auf der Ebene der nationalen Regierungen ändern. Hier könnte man zum einen durch effektiver auf die Armutsreduktion ausgerichtete

Sozialsysteme und zum anderen durch eine Steuerpolitik, welche nicht nur auf horizontale Umverteilungen fokussiert, sondern versucht, einen größeren Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Bevölkerungsschichten zu schaffen, etwas erreichen.

Um die europäische Sozialpolitik etwas mehr auf die Reduktion von Armut und sozialen Ungleichheiten auszurichten, wäre eine europaweite politische Initiative nötig. Die fortschrittlichen Parteien in Europa könnten sich zum Beispiel darauf einigen, mehr erreichen zu wollen als eine halbherzige „Koordination“ bei sozialen Maßnahmen. Sie könnten eine lautstarke Debatte über ein sozialeres und inklusiveres Europa, in dem Bürger aus allen Mitgliedstaaten ähnliche Möglichkeiten haben, lostreten. Die Diskussion über die Reduktion der Armut in der EU darf nicht verstummen, sondern muss entschlossen und öffentlichkeitswirksam geführt werden. Nur so kann eine allgemeine Einsicht, dass Armut unnötig ist, herbeigeführt und EU-weit dagegen vorgegangen werden. Die voraussichtlich nüchtern ausfallende Zwischenevaluation des EU2020-Ziels hinsichtlich Armutsreduktion im nächsten Jahr wird hoffentlich neue Impulse dazu liefern.

Jürgen Stolzelechner

Quellen

- Die Grünen – Die Grüne Alternative Bundespartei (2014). Dein Europa kann mehr! <http://www.salzburg.com/download/2014-04/Gr%C3%BCne.pdf>
- Eurostat (2013a). Social protection. Luxemburg: Eurostat Press Office. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-21112013-AP/EN/3-21112013-AP-EN.PDF
- Eurostat (2013b). File:At-risk-of-poverty rate before and after social transfers and at-risk-of-poverty threshold (for a single person), 2010 and 2011 (%).png. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:At-risk-of-poverty_rate_before_and_after_social_transfers_and_at-risk-of-poverty_threshold_\(for_a_single_person\),_2010_and_2011_\(%25\).png&filetimestamp=20130307143801](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:At-risk-of-poverty_rate_before_and_after_social_transfers_and_at-risk-of-poverty_threshold_(for_a_single_person),_2010_and_2011_(%25).png&filetimestamp=20130307143801)
- Eurostat (2014a). In: Social inclusion statistics. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Social_inclusion_statistics/de
- Eurostat (2014b). In: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach NUTS-2-Regionen. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/dataset?p_product_code=TGS00107
- Eurostat (2014c). In: Severe material deprivation rate by age and sex. http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_mddd11&lang=en
- Eurostat (2014d). In: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t>

- 2020_50&tplugin=1
- EK – Europäische Kommission (2010). The persistent risk of poverty. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6725&langId=en>
- EK – Europäische Kommission (2013). Social protection budgets in the crisis in the EU. ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=10224&langId=en
- EK – Europäische Kommission (2014a). EU2020 targets. http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_en.htm
- EK – Europäische Kommission (2014b). Europe 2020 targets. http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/targets_en.pdf
- EK – Europäische Kommission (2014c). People at risk of poverty or social exclusion in 2012 – Distance to National 2020 targets. http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/country2013/maps/2_poverty_target.pdf
- EK – Europäische Kommission (2014e). Kostenlose Nahrungsmittel für die Bedürftigen in der EU. http://ec.europa.eu/agriculture/most-deprived-persons/index_de.htm
- EK – Europäische Kommission (2014f). Sozialschutz und soziale Eingliederung. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=750&langId=de>
- Paraskevas, Marie-anne (2008). In: Poor Children in a rich Europe. http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:ppFIAwMDepkJ:www.efsc-eu.org/uploads/fmanager/child_povertymarie_anna_pareskevas.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=at
- SPC – Social Protection Committee Indicators Sub-group – (2014). EU social indicators – Europe 2020 poverty and social exclusion target. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=10421&langId=en>
- SPÖ Bundesgeschäftsstelle (2014). Wahlprogramm. <http://www.salzburg.com/download/2014-04/sp%C3%B6.pdf>

Plädoyer für den Sozialstaat

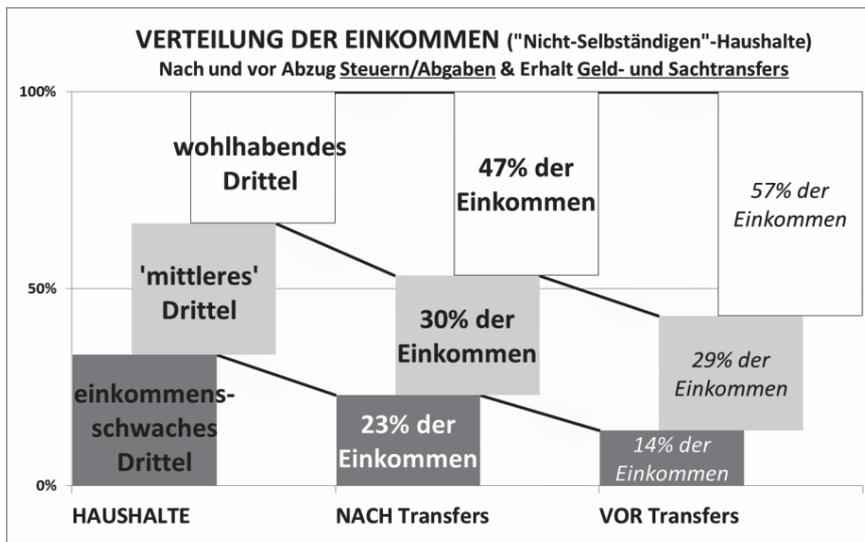
Vor 125 Jahren wurde erstmals eine Sozialversicherung im heutigen Sinne gegründet. Damit war der Grundstein für einen modernen Sozialstaat gelegt. Doch der Sozialstaat gerät unter dem Diktat des Sparens immer mehr unter finanziellen Druck. Das Armutsnetzwerk OÖ. hat aus diesem Anlass mit Unterstützung des Landes, der Gebietskrankenkasse und der Arbeiterkammer Oberösterreich ein Leseheft mit dem Titel „Warum wir den Sozialstaat brauchen“ zusammengestellt, das Mitte Juni der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Harald Dietinger, Vizepräsident der Arbeiterkammer Oberösterreich, verwies einleitend darauf, dass jeder Mensch im Laufe seines Lebens in Situationen kommt, in denen er Hilfe von anderen braucht. Der Sozialstaat greife bei Belastungen in bestimmten Lebenslagen wie zum Beispiel im Alter, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Behinderung ein. Er biete Sach- und Geldleistungen von der Geburt bis ins hohe Alter und Sorge damit dafür, dass der soziale Zusammenhalt gefördert wird.

Soziale Leistungen schützen in Krisenzeiten

Soziale Leistungen stabilisieren insbesondere in Krisenzeiten, da Einkommen und somit Kaufkraft der Haushalte gestärkt werden und dazu beitragen können, dass die Ungleichheit der Einkommensverteilung verringert wird. Das zeigt ein Vergleich der Verteilung der Haushaltseinkommen, bevor und nachdem der Sozialstaat wirkt, also Abgaben (Lohnsteuer und Sozialversicherung) bezahlt und öffentliche Geld- und Sachleistungen in Anspruch genommen werden. Das einkommensschwächste Drittel der Haushalte hat netto inklusive Geldleistungen und soziale Transfers knapp ein Viertel der Gesamt-Einkommen (23%). Auf das wohlhabendste Drittel entfällt ein doppelt so hoher Einkommensanteil, nämlich knapp die Hälfte (47%). Das mittlere Drittel kommt auf 30 Prozent. Ohne sozialen Ausgleich wäre die Verteilung deutlich unausgewogener (siehe Grafik, S. 28).

Während unser Sozialstaat über seine Leistungen positiv umverteilt, sieht es bei den Staatseinnahmen ganz anders aus. Denn der Anteil an Konsum- und Lohnsteuern sowie Sozialabgaben ist sehr hoch und belastet Personen mit geringen Einkommen besonders stark, so Dietinger. Und auch beim Vermögen gibt es starke Ungleichheiten, denn allein das reichste Prozent der Haushalte besitzt nach Berechnungen der JKU Linz auf Basis von Daten der österreichischen Nationalbank 37 Prozent des gesamten Nettovermögens. Das reichste Zehntel konzentriert mehr als zwei



Quelle: WIFO, „Umverteilung durch den Staat in Österreich“, 2009, Arbeitnehmer/-innen, Arbeitslose, Pensionisten/-innen etc. ohne Selbständige; „äquivalisierte“ Daten (= gewichtet je nach Haushaltsgröße)

Drittel des privaten Reichtums (69%) auf sich. Die Bevölkerungsmehrheit (die restlichen 90%) besitzen demgegenüber weniger als ein Drittel des Vermögens (31%).

Ausbau sozialer Dienste schafft Arbeitsplätze

Österreich zählt zu den gut entwickelten Sozialstaaten. Seit Jahren liegt die Sozialquote zwischen 28 und 30 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Sozialausgaben haben sich in den letzten Jahren also relativ stabil entwickelt. Lediglich im Jahr 2009 gab es einen starken Anstieg der Sozialquote – aufgrund des krisenbedingten Rückgangs des BIP bei gleichzeitigem Anstieg der Sozialausgaben. Durch soziale Transfers wurde jedoch die finanzielle Lage der Menschen stabilisiert. Die Wirtschaft konnte sich dadurch etwas rascher erholen und die Sozialquote sank wieder ab.

Mit Investitionen in soziale Dienstleistungen könnten nicht nur die akuten Defizite in der Kinderbetreuung oder Pflege behoben werden, sondern auch beachtliche positive Beschäftigungs- und Budgeteffekte ermöglicht werden. Laut Berechnungen der AK Wien könnten mit einer Anstoßfinanzierung von jährlich durchschnittlich 100 Millionen Euro seitens des Bundes und der Länder in den nächsten vier Jahren fast 45.000 Menschen in Beschäftigung kommen und 35.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder geschaffen sowie die Öffnungszeiten bei 70.000 bestehenden Plätzen verlängert werden. Investitionen in diesem Bereich zahlen sich somit sowohl sozial- und

gesellschafts- als auch wirtschaftspolitisch aus, befand Dietinger, der abschließend noch einmal die Vorteile eines „starken Sozialstaates“ zusammenfasste: Dieser schütze vor sozialen Risiken, fördere durch Investitionen Arbeitsplätze, schaffe sozialen Frieden, verringere soziale Ungleichheit und sei eine stabile Säule in Krisenzeiten. Einen „schlanken Staat“ könnten sich hingegen nur Reiche leisten. Bei einem Abbau der Sozialsysteme explodierten die sozialen Probleme,

Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung nähmen massiv zu, warnte der AK-Vertreter.

Die Stärke der sozialen Krankenversicherung

Eine wesentliche Säule des österreichischen Sozialsystems ist die soziale Krankenversicherung. „Sozial bedeutet: Ihr Handeln zielt – im Gegensatz zu privaten Versicherungen – nicht auf Gewinne oder Dividenden“, erläuterte der Obmann der OÖ. Gebietskrankenkasse, *Albert Maringer*.

Die Gebietskrankenkasse grenze daher auch keine Menschen aus, deren Gesundheitskosten die persönlich geleisteten Beiträge übersteigen könnten, d.h. es findet keine Risikoauslese statt. In der sozialen Krankenversicherung gelte vielmehr das Solidaritätsprinzip, wodurch der nötige Ausgleich zwischen gesunden und kranken Menschen, zwischen Jungen und Alten, zwischen besser und schlechter Verdienenden geschaffen werde.

„Krankheit zählt zu den schwerwiegenden Wechselfällen des Lebens. Sie kommt plötzlich, unerwartet und oft in ohnehin schwierigen Lebenslagen. Gerade schwere Krankheit nimmt keine Rücksicht darauf, ob jemand gerade Geld für eine Therapie hätte oder nicht. Nur in einem starken, solidarischen Netz können wir uns gegenseitig die Sicherheit geben, einander im entscheidenden Moment aufzufangen,“ betonte der GKK-Obmann.

Zusammenhang zwischen Lebensumständen und Gesundheit

Der Gedanke, dass Gesundheit nur vom persönlichen Lebensstil abhängt, sei ein beliebtes Argument gegen das Prinzip der solidarisch organisierten, sozialen Krankenversicherung. Nach dem Motto: Warum sollen Menschen mit „gesundem Lebensstil“ für andere zahlen?

Maringer wies allerdings darauf hin, dass unser persönlicher Gesundheitszustand – neben der genetischen Disposition – nur zu einem Teil vom „Lifestyle“ abhängt. Zudem leben viele Menschen unter sozialen Rahmenbedingungen, die kaum Freiheiten für einen gesunden Lebensstil zulassen. Maringer führte eine Reihe von Beispielen für den – wissenschaftlich gut belegten – Zusammenhang zwischen den gegebenen Lebensumständen und dem Gesundheitszustand an:

- Ärmere Menschen beurteilen ihren Gesundheitszustand subjektiv deutlich schlechter als gut situierte und sind auch objektiv häufiger von schweren chronischen Krankheiten betroffen.
- Gesundheitszustand und Gesundheitsverhalten stehen in einem messbaren Zusammenhang mit dem Bildungsgrad einer Person. Besonders stark fällt dieser Effekt z.B. beim Übergewicht auf – der Ursache für viele schwere Folgeerkrankungen.
- Insbesondere Männer mit wenig komplexer, jedoch schwerer manueller Tätigkeit sind signifikant häufiger von Wirbelsäulenbeschwerden betroffen als andere Erwerbstätige. Bei Frauen ist dieser Zusammenhang auch hinsichtlich der Häufung von Diabetes, chronischen Angstzuständen, Depressionen und Bluthochdruck feststellbar. Arbeitslose sind keinesfalls gesünder als Erwerbstätige: Ihr Risiko, an einer Depression zu erkranken, ist achtfach höher.
- Krankheiten nehmen mit dem Alter zu – und damit im Regelfall die Einnahme von Medikamenten. Viele Arzneien haben Nebenwirkungen bzw. lösen Wechselwirkungen mit anderen Präparaten aus, die fälschlicherweise als Symptome einer weiteren Krankheit gedeutet werden. Das führt zur Einnahme zusätzlicher Medikamente – für Maringer ein Teufelskreis.
- Neben den bisher genannten Determinanten sind Verständigungsprobleme und kulturelle Unterschiede ein zusätzliches Gesundheitsrisiko für Migranten.

Dazu Maringer: „Als soziale Krankenversicherung helfen wie Menschen nicht nur im Krankheitsfall. Wir

übernehmen auch Verantwortung, dass sie gesund bleiben – durch viele zielgruppengerechte Angebote. Doch unser Einfluss auf gesundheitsentscheidende Faktoren wie Einkommen, Bildung oder Beruf ist nur sehr mittelbar gegeben. Unser Appell daher: Eine gesunde Gesellschaft ist keine Einzelaufgabe einer bestimmten Institution. Dieses Ziel erreichen wir nur gemeinsam. Wir müssen die Gesundheit in allen Politikfeldern mitdenken.“

Der Sozialstaat als organisierte Form der Solidarität

Edeltraud Artner-Papelitzky vom Pastoralrat der Diözese Linz bezog sich in ihrem Statement auf das vor 10 Jahren vorgelegte und jetzt wieder aktualisierte Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, das den Wert von sozialstaatlicher Sicherung eindeutig festhalte. Der Sozialstaat sei die solidarisch organisierte Absicherung zentraler Lebensrisiken wie Krankheit, Alter und Erwerbslosigkeit. Im Zuge neoliberaler Politik habe sich die Lebenssituation für viele Menschen in Europa verschärft, immer mehr lebten in Unsicherheit und Armut.

Auch in Österreich steige die Ungleichheit ständig. Artner-Papelitzky zufolge sollte dieser Entwicklung mit einer gerechten Besteuerung und einer Verstärkung des sozialen Netzes begegnet werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

Solidarität gewinne als Begriff und Wert wieder an Bedeutung, welcher der neoliberalen Ideologie entgegenstehe, die das konkrete Wirtschaftsgeschehen dominiert, wo Eigennutz und Profit die alleinigen Parameter seien, „ob für das Handeln einer einzelnen Person, eines Betriebes, einer Nation“. Mehr und mehr Menschen würden aber erkennen, dass so ein gutes Leben für alle weltweit nicht möglich ist.

„Sozialstaat und Freiheit, Solidarität und Individualität schließen einander nicht aus, sondern bedingen und ergänzen einander. Der Sozialstaat ist Voraussetzung dafür, dass die Werte von Individualität und Freiheit nicht nur ein Privileg der Einkommensstarken und der Vermögenden sind, sondern allen Menschen zukommen“, zitierte Artner-Papelitzky das Ökumenische Sozialwort.

Der Begriff „Solidarität“ kommt aus der im römischen Recht formulierten Solidarhaftung: „Einer für alle – alle für einen“. Er wurde zum Kampfbegriff, aber auch zur zentralen Tugend in der ArbeiterInnenbewegung. „Der Sozialstaat ist eine wertvolle Frucht dieses Kampfes“, so die Vertreterin der Diözese, die darauf verwies, dass auch die Katholische Soziallehre

Gemeinsame Forderungen von Armutsnetzwerk, AK, GKK und Pastoralrat

Mehr investive Sozialpolitik und Ausbau der sozialen Dienste

Eine gerechte Finanzierung der sozialen Sicherung durch eine Entlastung des Faktors Arbeit und eine höhere Besteuerung von großen Vermögen und Kapital:

- *Einführung einer „Millionärssteuer“ und einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer*

Eine nachhaltige Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung:

- *Die Höhe der Mindestsicherung über die Armutsschwelle heben*
- *Investitionen in Bildung und Qualifizierung*
- *Bessere Absicherung von Alleinerziehenden*

- *Förderung des sozialen Aufstiegs von MigrantInnen*

Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik und ausreichende Mindestlöhne für alle

Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung

Bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit:

- *Höhere Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe)*
- *Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld*
- *Entfall der Partnereinkommensanrechnung bei der Notstandshilfe*

Ein Bonus-Malus-Modell zur Förderung der Beschäftigung Älterer

Solidarität als eines ihrer Grundprinzipien definiert. Solidarität sei mehr als die tugendhafte Haltung von Einzelpersonen, sondern werde zur Verpflichtung für die Gestaltung eines friedlichen Miteinanders.

„Die derzeitige Situation mit 390.000 erwerbsarbeitslosen Menschen in Österreich ohne Arbeitslosenversicherung möchte ich mir nicht vorstellen, so sehr die Nettoersatzrate von 55 Prozent auch als mangelhaft erscheint“, sagte Artner-Papelitzky. Jeder Mensch, unabhängig von seiner Herkunft und seinem Einkommen, habe das Recht auf Bildung, Wohnen, Arbeit, auf soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung. Soziale Dienstleistungen müssten dafür in guter Qualität ausgebaut und für alle zugänglich sein.

Beispiel Pensionssystem

Die konkrete Bedeutung von Solidarität erläuterte Artner-Papelitzky dann am Beispiel des Pensionssystems: „Die Grundlage für unser öffentliches Pensionssystem ist der Generationenvertrag. In einem solidarischen System, das die Gesellschaft als Ganzes in den Blick nimmt, sichern die Erwerbstätigen gemeinsam das Leben und die Bedürfnisse der „Jungen“, z.B. im Bereich Bildung, und der „Alten“, z.B. im Bereich Pensionen. Ein solches System wird dann als gerecht empfunden, wenn diejenigen, die Beiträge leisten, auch davon ausgehen können, dass sie selbst eine Absicherung erhalten werden.“

Dieses Vertrauen sei jedoch erschüttert worden. Mittlerweile glaubten viele der 14-24-Jährigen in Öster-

reich, dass die staatliche Pension für ihr Leben im Alter nicht mehr reichen wird, oder sogar dass sie keine Pension mehr bekommen werden. Auf der anderen Seite gebe es Eltern, die für ihre Kinder schon jetzt private Pensionsvorsorgeverträge abschließen. Wie die Finanzkrise gezeigt habe, sei diese Art der Vorsorge nicht nur krisenanfällig, sondern trage durch die dazu nötigen Finanzspekulationen zur Verschärfung der Krise bei. Vielen Menschen in den USA oder Großbritannien stünde bei ihrem Pensionsantritt nur ein Bruchteil des Kapitals, das ihnen vertraglich zugesichert worden war, zu Verfügung.

Das Umlagemodell sei nicht nur in Bezug auf die Verwaltungskosten effizienter, sondern basiere auf der Realwirtschaft. Ein Pensionssystem, das vor Altersarmut schützt, muss aber auch aus der steigenden Produktivität und aus Gewinnen mitfinanziert werden, fordert die Vertreterin des Pastoralrates. Hier aufgrund der demografischen Entwicklung Panik zu machen, hält sie nicht nur für „unseriös“, sondern auch für „gemeingefährlich“. Es gefährde die Gemeinschaft, wenn alte Menschen nur noch als Belastung für die Zukunft gesehen werden.

Im Umgang mit den Rändern in einer Gesellschaft, „auch im Sinn von Lebensrändern“, zeige sich die Qualität einer Gesellschaft. „Die Verteidigung des Sozialstaates und seine Weiterentwicklung ist das wohl größte Friedensprojekt“, schloss Artner-Papelitzky.

Kritik an der Sparpolitik

Auch *Susanne Stockinger* vom Armutsnetzwerk Oberösterreich sieht im österreichischen Sozialstaat ein „solidarisches Erfolgsmodell“, das für Sicherheit in der Bevölkerung sorgt und dafür verantwortlich ist, dass möglichst viele Menschen in das soziale Netz eingebunden sind. Soziale Leistungen seien für alle verfügbar, deren Finanzierung werde gemeinschaftlich getragen. Ohne Sozialleistungen und Pensionen wäre fast die Hälfte der Bevölkerung (44%) von Einkommensarmut (weniger als 1090 Euro pro Monat bei einem Einpersonenhaushalt) bedroht.

Von der Mitte der 1960er bis in die 1980er Jahre wurde der Sozialstaat kontinuierlich ausgebaut, diese Phase wird auch das „golden age of the welfare state“ genannt. Mit der Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen und einem politischen Paradigmenwechsel wurde dieser Kurs verlassen. Unser Sozialstaat mitsamt seinen Errungenschaften gerate seither massiv unter Druck.

„Die neoliberale Mär will uns weismachen, dass dieses System nicht mehr finanzierbar sei und den faulen, schmarotzenden Menschen hervorbringe. Sie propagiert „weniger Staat – mehr privat“ und fordert damit, die Erbringung sozialer Leistungen dem Markt zu überlassen“, so Stockinger. Die jüngste Geschichte habe jedoch gezeigt, dass „der Markt“ nicht die Grundlage für ein sicherndes Sozialsystem sein kann, hier gehe die ausgleichende Funktion verloren. Die

Menschen dürften sich nicht fragen müssen: „Kann ich mir gesundheitliche Versorgung leisten?“

Stockinger kritisierte die Sparpolitik der öffentlichen Hand, da sie mit hohen sozialen Risiken verbunden sei: Sie verstärke den weiteren Anstieg sozialer Ungleichheit und gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Anstatt die positiven Leistungen und den enormen Nutzen des Sozialstaats hervorzukehren, stimmen die verantwortlichen PolitikerInnen in die neoliberalen Beschwörungsmantras mit ein.“

Das Armutsnetzwerk OÖ erwartet sich aber von der Politik, dass sie den Menschen klar macht, dass ein solidarisches Sozialsystem kein „Verschleudern“ der Einnahmen darstellt, sondern die Grundlage unseres Wohlfahrtsstaates bildet. In diesem Zusammenhang sollte nicht vorrangig von Kosten, sondern von „Investitionen ins Sozialsystem“ gesprochen werden – Investitionen in ein System, dessen „Geschäftsmodell“ die soziale Zukunftssicherung ist.

Quelle: Unterlagen zur Pressekonferenz von Armutsnetzwerk, AK, OÖGKK und Katholischer Kirche, Presseclub Linz, 16.06.2014

Das Leseheft „Warum wir den Sozialstaat brauchen!“ ist kostenlos erhältlich bei: Sozialplattform OÖ., office@sozialplattform.at, Tel. 0732 66 75 94

Wachsende Ungleichheit

Vor allem Wohlhabende profitieren vom Wirtschaftswachstum, geht aus einer Anfang Mai veröffentlichten OECD-Studie hervor.

Soziale Ungleichheit untergräbt das Wohl der Menschen, sie behindert das Wirtschaftswachstum und ist doch in vielen Ländern so stark ausgeprägt wie seit Jahrzehnten nicht. Politische Maßnahmen mit dem Ziel, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, werden nur erfolgreich sein, wenn sie neben der Einkommensverteilung auch den Zugang zu guter Bildung, zu Gesundheit und öffentlichen Infrastrukturen

berücksichtigen. Das geht aus einem OECD-Bericht mit dem Titel „All on Board: Making Inclusive Growth Happen“ hervor, der Anfang Mai in Paris vorgestellt wurde.

Kluft zwischen Arm und Reich in englischsprachigen Ländern besonders groß

Dem Bericht zufolge profitierten vom Wachstum der vergangenen Jahre vor allem die ohnehin schon Wohlhabenden. Die Einkommen der ärmsten Haushalte in den OECD-Ländern hätten demgegenüber mit dem wachsenden Einkommen der Gesamtwirtschaft nicht Schritt gehalten. Viele seien am Einkommensniveau der 1980er Jahre stehen geblieben.

Der zum Messen der Ungleichheit verwendete Gini-Koeffizient des Durchschnitts aller OECD-Staaten ist

seit 1980 von 0,29 auf 0,32 gestiegen. Die Ungleichheit von Einkommen aus Kapital und Erwerbsarbeit ist allein in den ersten drei Krisenjahren soviel gestiegen wie in 12 Jahren vor der Krise insgesamt.

Das durchschnittliche Einkommen der obersten zehn Prozent lag 2010 in den OECD-Ländern beim 9,5-fachen dessen, was die untersten zehn Prozent erhielten. Vor 25 Jahren kamen die Reichsten nur auf sieben Mal so viel. Dieser Trend tritt vor allem in den englischsprachigen Ländern hervor: In den Vereinigten Staaten etwa floss knapp die Hälfte des zwischen 1978 und 2007 erzielten Einkommenszuwachses auf die Konten des reichsten Prozent der Bevölkerung. In Kanada waren es immerhin noch 37 Prozent, in Australien und Großbritannien 20 Prozent. Seit der Finanzkrise ist die Kluft zwischen Arm und Reich sogar noch schneller gewachsen.

Verfehlte Steuerpolitik

In den USA hat das reichste Prozent mit 20 Prozent des Gesamteinkommens heute einen mehr als doppelt so großen Anteil als noch 1980, wobei die Superreichen am stärksten zugelegt haben. Der Einkommensanteil des reichsten 0,1 Prozent der US-Bevölkerung ist laut OECD-Berechnungen von 1980 bis 2010 von zwei auf acht Prozent des Gesamteinkommens gestiegen. Demgegenüber besitzt das reichste Zehntel-Prozent der Bevölkerung in Frankreich „nur“ drei Prozent des Gesamteinkommens.

In Europa ist die steigende Ungleichheit vor allem in Finnland, Schweden, Deutschland und Norwegen überraschend, da diese Länder für eine traditionell halbwegs ausgeglichene Verteilung bekannt sind. In Frankreich, den Niederlanden und Spanien hingegen hat sich die Situation weniger schnell zum Schlechteren gewandelt.

Gleichzeitig mit der höchsten Ungleichheit seit Jahrzehnten ist eine Senkung der Besteuerung von Spitzeneinkommen und Kapitaleinkommen in fast allen OECD-Staaten zu erkennen. Wurden etwa 1981 Spitzenverdienste noch mit durchschnittlich 66 Prozent

besteuert, lag dieser Steuersatz 2013 nur mehr bei durchschnittlich 43 Prozent. Auch Steuern auf Kapitaleinkommen sind gesunken, so wurden die Steuern auf Dividenden-Einkommen im selben Zeitraum im Schnitt von 75 auf 42 Prozent gesenkt. Dies machte es erst möglich, dass heute, wie erwähnt, vor allem in den englischsprachigen Ländern der Einkommenszuwachs zu großen Teilen an das reichste Prozent der Bevölkerung fließt.

Ungleichheit als Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft

„Ungleichheit schwächt unsere Gesellschaften und unsere Volkswirtschaften“, sagte der Generalsekretär

der OECD, Angel Gurría bei der Präsentation der Studie. „Es reicht nicht, Maßnahmen für ökonomisches Wachstum zu ergreifen, wir müssen auch sicherstellen, dass die

„Ungleichheit schwächt unsere Gesellschaften und unsere Volkswirtschaften. Es reicht nicht, Maßnahmen für ökonomisches Wachstum zu ergreifen, wir müssen auch sicherstellen, dass die Früchte dieses Wachstums jedermann zugutekommen.“

Angel Gurría

Früchte dieses Wachstums jedermann zugutekommen.“ Nur durch faire Besteuerung und gemeinsame politische Aktionen könne diesem Problem, das sowohl ein moralisches als auch ein wirtschaftliches ist, Einhalt geboten werden. Soziale und wirtschaftliche Maßnahmen sollten also neben Wachstum vor allem auch Gleichheit berücksichtigen. Um sich diesem Ziel zu nähern, sollten die Staaten verschiedene Formen der Vermögensbesteuerung prüfen, z.B. Erbschaftssteuern. Außerdem sollte eine Harmonisierung der Besteuerung von Kapital und Arbeit geprüft werden.

„All on Board“ ist Teil einer OECD-weiten Agenda für sozial ausgewogenes Wachstum und Wohlergehen. Die Publikation geht aus dem sogenannten NAEC-Projekt hervor, das ökonomische Herausforderungen auf unkonventionelle Weise meistern will (New Approaches to Economic Challenges), um so den Ursachen der jüngsten Krise besser Rechnung zu tragen. [hs]

Quellen: OECD-Presseaussendung, 05.05.2013; ÖGB-Europabüro, 08.05.2013; derStandard.at, 01.05.2014

Die Herren der Welt

Noam Chomsky gilt als einer der bekanntesten kritischen Zeitgenossen – und als einer der meistzitierten. Dabei sah sich der US-Amerikaner zeitlebens weniger auf der Seite der Intellektuellen als auf jener der Aktivist:innen, die gegen die von den USA verordnete globale politische und wirtschaftliche Ordnung aufbegehren. Der vorliegende Band kann als das politische Vermächtnis des 85-Jährigen gelesen werden.

„Die Herren der Welt“ umfasst die wichtigsten Essays und Reden Chomskys aus einer fast 50-jährigen Schaffensperiode, die sich mit der Natur der Staatsmacht und deren ideologischen Grundlagen vom „Kalten Krieg“ bis zum „Krieg gegen den Terror“ befassen. In seinen Fokus gerät dabei auch die internationale Gerichtsbarkeit als Instrument zur Durchsetzung einer ungerechten Weltordnung.

Die meisten der hier vorliegenden Beiträge sind erstmals auf Deutsch und zeitgleich mit der englischsprachigen Ausgabe in Buchform erhältlich. Das titelgebende Zitat stammt vom schottischen Ökonomen Adam Smith, der in seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen“ ausführte: „Alles für uns und nichts für die anderen – das ist offenbar schon von jeher die üble Maxime der Herren der Welt.“ Chomsky zerpfückt die Argumente dieser Herren und ihrer Herrschaftspraktiken mit unerbittlicher Logik und zerstört die Mythen derjenigen, die Macht und Privilegien einiger weniger gegen die Interessen und Nöte der Mehrheit absichern.

Es geht um die zentralen Fragen von Gerechtigkeit, Demokratie, staatlicher Willkür und Krieg, die Chomsky in Auseinandersetzung mit anderen Denkern diskutiert. Dabei spannt sich der Bogen von einer radikalen Kritik an akademischen Kollegen, denen er ihre Stellung als integrierte Intelligenzija in einem nach außen und innen unterdrückerisch wirkenden Staat vorwirft, bis zu seiner denkwürdigen Rede gegen die US-Aggressionen unter George W. Bush aus dem Jahr 2004. Das Buch endet mit zwei Beiträgen aus 2010 und 2013, die sich der ungewissen Zukunft einer Menschheit in einem zerstörerischen System widmen. In ihnen referiert Chomsky anhand der Bankenkrise über die seines Erachtens gegebene Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie und er kommt dabei zu dem Befund, dass die Menschheit diesem Wirtschaftssystem wohl nicht ohne größere Schäden entkommen wird.

Noam Chomsky, geboren 1928 in Philadelphia, ist emeritierter Professor für Linguistik am Massachu-

setts Institute of Technology (MIT) in Boston. Seine sprachwissenschaftlichen Theorien machten ihn zu einem der einflussreichsten Wissenschaftler auf diesem Gebiet. Als Kritiker der US-amerikanischen Politik erlangte er weltweite Berühmtheit. Chomsky tritt in seinen Publikationen gegen Kapitalismus, Globalisierung und die Manipulation der Medien auf.

*Noam Chomsky: Die Herren der Welt
Essays und Reden aus fünf Jahrzehnten
Promedia Verlag, Wien 2014
240 Seiten, EUR 17,90*

Soziale Arbeit als Profession

Wie hat sich Soziale Arbeit zu einer wissenschaftlich fundierten Praxis entwickelt und wie wird sich Soziale Arbeit als Profession zukünftig weiter gestalten? Mit diesen und anderen Fragen hat sich Katharina Motzke in ihrer Dissertation „Soziale Arbeit als Profession“ beschäftigt.

Mit der Publikation legt die Autorin erstmalig eine umfassende Rekonstruktion und sozialhistorische Analyse der Entwicklung der Sozialen Arbeit als Profession vor. Die soziologisch fundierte Darstellung strukturiert eingehend und detailliert die Diskurse in der Literatur zur Sozialen Arbeit.

Behandelt wird die Soziale Arbeit in Deutschland und deren mittlerweile über 150jährige Geschichte. Ursprünglich als „soziale Hilfstätigkeit“ (Alice Salomon) konzeptualisiert, lässt sich Soziale Arbeit aus professionssoziologischer Perspektive als Aufstiegs- und Erfolgsprojekt beschreiben, das eher untypisch und in Teilaspekten auch als ambivalent zu bewerten ist.

Aufbauend auf die anfänglichen Prozesse der Verberuflichung der Sozialen Arbeit werden ab den 1970er Jahren drei entscheidende Entwicklungsphasen identifiziert. Die Nachzeichnung dieser Entwicklung zeigt, dass Soziale Arbeit seit ihrer Entstehung zu Beginn des 20. Jahrhunderts von einer stets als defizitär erachteten Semi-Profession sogar zum potentiellen Trendsetter der künftigen Professionsentwicklung aufgestiegen ist.

*Katharina Motzke: Soziale Arbeit als Profession
Zur Karriere „sozialer Hilfstätigkeit“ aus
professionsoziologischer Perspektive
Schriften der Katholischen Hochschule NRW, Bd. 19
Budrich Verlag, Leverkusen 2014
263 Seiten, EUR 33,00*

Gesundheitskompetenz – der informierte und mündige Patient

Was ist das eigentlich – ein informierter und gesundheitskompetenter Patient? Wie seriös und glaubwürdig sind die Gesundheitsinformationen im Internet? Was sagt dem Laien eine Risikostatistik, und was bedeutet das für seine persönliche Entscheidung? Und was können sogenannte gesundheitskompetente Organisationen dazu beitragen, dass PatientInnen ihr Recht auf Information wahrnehmen? Nationale und internationale ExpertInnen werden diese Fragen beim Linzer Forum 2014 erörtern.

Termin: 23. Oktober 2014, 9.00 – 16.00 Uhr
Ort: Medizinisches Ausbildungszentrum, AKh Linz
Information, Anmeldung: www.jku.at/konferenzen/linzerforum2014

Sozialstaatsenquete

Bei der 8. Sozialstaatsenquete des WIFO und des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger wird der Zusammenhang von Sozialer Mobilität und Einkommensungleichheiten beleuchtet. Markus Jäntti, Ökonom an der Universität Stockholm, referiert über aktuelle Trends bzgl. der sozialen Mobilität in Europa, Wilfried Altzinger, Ökonom an der WU Wien, beleuchtet die soziale Mobilität zwischen den Generationen in Österreich und Dorothe Spannagel, Soziologin am WSI Düsseldorf, spricht über soziale Mobilität und Reichtum in Deutschland.

Termin: 27. Oktober 2014, 10.00 – 14.00 Uhr
Ort: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Kundmanngasse 21, 1030 Wien
Anmeldung: stefan.obermueller@hvb.sozvers.at

„Wie Branca sich nach oben putzte“

Satirische Lesung mit Richard Schubert, veranstaltet von der Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen und der Arbeiterkammer Salzburg. Anschließend Podiumsgespräch mit Birgit Buchinger zum Thema „Migration und Geschlechterfragen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet“.

Termin: 27. Oktober 2014, 18.00 Uhr
Ort: Parkhotel Brunauer, Elisabethstraße 45a, 5020 Salzburg

Symposium für interkulturelle Sozialpädagogik

Unter dem Motto „Vielfalt bildet Zukunft!“ widmet sich das Symposium allen Aspekten einer zeitgemäßen interkulturellen Sozialpädagogik, die sowohl in der Arbeit mit Kindern als auch mit Erwachsenen wirken soll. Vortragende sind Christoph Reinprecht (Universität Wien), August Gächter (Zentrum für Soziale Innovation) und Gabriela Dorn-Scheruga (European Institute for Language Business Culture). Am Nachmittag widmen sich acht Foren jeweils Teilaspekten des Themas.

Termin: 2. November 2014, 9.30 – 16.30 Uhr
Ort: BBRZ – K 1, Grillparzerstraße 50, 4020 Linz
Anmeldung: www.organos.at/vielfalt

Demokratisches Geld und faire Steuern

Beim Salzburger Zukunftsforum für ethisches Wirtschaften diskutieren die WIFO-Budgetexpertin Margit Schratzenstaller und der Gemeinwohlökonomie-Experte Christian Felber über Vermögensverteilung, öffentliche Schulen sowie Geld- und Steuerpolitik im Kontext ethischen Wirtschaftens.

Termin: 12. November 2014, 19.30 Uhr
Ort: Stadtwerk, Hochhaus Designforum, Strubergasse 26, 5020 Salzburg

Case Management aus der Sicht aller Beteiligten

Case Management hat in den letzten Jahren einen regelrechten Boom erfahren. Die zunehmende Anwendung dieses Handlungsansatzes hat nicht nur zu neuem Wissen und Erfahrungen beigetragen, sondern das Spektrum Case Management auch facettenreicher werden lassen. Dies erfordert, so die Veranstalter der Fachtagung, die Bereitschaft, Case Management im Wandel der gesellschaftspolitischen Verhältnisse immer wieder zu reflektieren, sowie einen Dialog aller Beteiligten mit der Absicht, auf eine kontinuierliche Verbesserung der Praxis hinzuwirken.

Termin und Ort: 14. November 2014; Medizinisches Ausbildungszentrum AKh Linz
Information, Anmeldung: office@oegcc.at

Entwicklung im Umbruch

Die Welt der Entwicklung ist nicht mehr, wie sie war: Die Europäische Union hat an globalpolitischem Gewicht verloren, Entwicklungsländer verbitten sich Ratschläge und die BRICS-Staaten gewinnen in multilateralen Organisationen an Einfluss. All dies bringt Veränderungen für Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZA) mit sich. Die Entwicklungstagung 2014 widmet sich der Frage, was in diesen Zeiten des Umbruchs das Ziel von Entwicklung ist und welchen Beitrag EZA und Entwicklungspolitik heute noch leisten können.

Termin und Ort: 14. – 16. November 2014; Universität Salzburg
Information, Anmeldung: www.entwicklungstagung.at

Konsumdruck – Fluch oder Segen?

Im Rahmen der Fachtagung der Schuldnerhilfe OÖ soll dem Phänomen „Konsumdruck“ aus verschiedenen Blickwinkeln begegnet werden. Die Tagung soll das Problem thematisieren, aber auch Anregungen und Möglichkeiten aufzeigen, wie im Schulalltag, im Familienleben oder im Beratungs- und Erziehungskontext mit der Problematik konstruktiv umgegangen werden kann.

Termin: 18. November 2014, 10.00 – 16.00 Uhr
Ort: FH Oberösterreich, Garnisonstraße 21, 4020 Linz
Anmeldung: Tel. 0732 777734, linz@schuldner-hilfe.at

Vom Süden lernen? Gesellschaften im und gegen den Sparzwang

Die Weiterbildungsveranstaltung der Abteilung Politik und Entwicklungsforschung des Instituts für Soziologie an der JKU Linz beschäftigt sich mit der historischen Verschuldungsdynamik, den offiziellen Bewältigungsstrategien und den dagegen aufflammenden sozialen Protesten. Ausgehend vom Forschungsschwerpunkt Lateinamerika wird dabei die aktuelle Entwicklung in Europa mit den Schuldenkrisen und deren (Nicht-)Bewältigung in Lateinamerika verglichen.

Termin und Ort: 19. – 20. November 2014: Rep-Räume der JKU Linz
 25. November und 1. Dezember 2014: Wissensturm, VHS Linz

Soziale Innovationen wirklich machen

Unsere scheinbar soliden Strukturen und etablierten Angebote in der Sozialwirtschaft sind durch knappere Mittel und den demographischen Wandel in Frage gestellt. Lösungen, die vor zwanzig Jahren als innovativ erschienen, sind für die KundInnen und MitarbeiterInnen der Zukunft wenig attraktiv. Wie schafft man es in überlasteten Organisationen, Raum für Innovation zu schaffen und Veränderungen anfangs oft gegen Widerstände zu einer neuen sozialen Wirklichkeit zu machen? Dieser Frage widmet sich das ASOM-Symposium 2014.

Termin: 20. – 21. November 2014
Ort: Kardinal König Haus, 1130 Wien
Information, Anmeldung: www.asom.at/symposium-soziale-innovation.php

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:

Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Tel. 0732 2468 7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Irene Perndorfer, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: irene.perndorfer@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer (hs), Dr. Christine Stelzer-Orthofer (cso), Dr. Bettina Leibetseder (bl), Dr. Susanna Rothmayer (sr), Dr. Angela Wegscheider (aw)

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP

Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70; StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30; Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70
Alle Preise inklusive Versand.
Gratis Probeabo für drei Monate
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453

BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT97 2032 0075 0000 2453

